

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail info@fdp.ch Internet www.fdp.ch	Inserate TrisCom-Media AG Bündtenstrasse 10 4410 Liestal Telefon 061 926 93 33 Fax 061 926 93 30 E-Mail verkauf@triscom.ch Internet www.triscom.ch	Layout/Druck NZZ Print Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
--	--	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

26. Jahrgang. Erscheint monatlich.

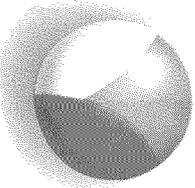
AZB
3001 Bern

FRANZ GEORG MAIER
DIR. SCHWEIZ. LANDESBIBLIOTHEK
HALLWYSTRASSE 15
3003 BERN

Inhalt



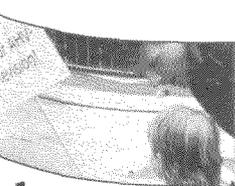
**Präsident
Gewerbeverband**
Edi Engelberger an der Spitze des grössten Unternehmensverbandes. **5**



Avenir radical
Höhepunkt ist die Landsgemeinde in Stans. **12-14**



Mutterschaftsurlaub
Aus der Sicht des Gewerbes. **15**



1.-Mai-Demo
Auch Demonstrieren will gelernt sein. **18**

Sieg der Problemlöser

Hoffentlich folgt ein Schulterschluss beim Bundesrat und in den Parteien

Der Vollzug europäischer Osterweiterung erfolgt in nächster Zeit Schritt um Schritt und beinhaltet die Erneuerung des Parlamentes, die veränderte Zusammensetzung der Kommission in Brüssel und wahrscheinlich die Zustimmung zu einer gemeinsamen Verfassung. Die Schweiz wäre in diesem Gross-europa eine isolierte Insel, wenn es die bilateralen Brücken nicht gäbe.

Von Ex-FDP-Nationalrat
Ernst Mühlemann,
Ermatingen (TG)

Im Herbst 1999 stimmte der Nationalrat mit 183 zu 11 Stimmen und der Ständerat mit 45 zu 0 Stimmen dem ersten Paket bilateraler Verträge zu und bewirkte dadurch auch eine positive Volksabstimmung. Seither können wir uns an den Forschungsaktivitäten der Europäischen Union beteiligen, haben wir Zutritt zum europäischen Agrarmarkt, sind die Wettbewerbschancen für den Werk- und Dienstleistungsplatz durch den Abbau technischer Handelshemmnisse gewachsen und bietet auch der freie Personenverkehr mehr Chancen als Risiken. Diese erfreuliche Bilanz sollte uns ermutigen, das zweite bilaterale Paket in ähnlicher Weise



Ernst Mühlemann

zu behandeln und dem Volk zur Annahme zu empfehlen. Leider versalzen in der schwierigen Europapolitik immer wieder zu viele innenpolitische Köche den Brei. So suchen zahlreiche Euro-Turbos den politischen Vollbeitritt und vergessen dabei, dass sie ihr Ziel nur erreichen werden, wenn eine Mehrheit des Volkes gute Erfahrungen mit dem Bilateralismus

macht. Gewisse EU-Gegner schiessen mit vollen Rohren gegen Brüssel und erinnern sich nicht mehr daran, dass gerade sie beim EWR-Nein 1992 bilaterale Beziehungen gefordert hatten. Leider verteuflerte die politische Bewegung AUNS das Schengener Abkommen schon vor Verhandlungsbeginn und will jetzt nicht zu besserer Einsicht gelangen. Völlig unverständlich ist die Stellungnahme von zwölf Kantonen, welche im dümmsten Augenblick den Erfolg bilateraler Verhandlungen bezweifeln und nach dem EU-Beitritt schielen. Die Verhandlungsergebnisse beim zweiten Paket der Verträge sind sehr erfreulich dank der hartnäckigen Arbeit unserer meist freisinnigen Diplomaten mit Staatssekretär Franz von Däniken und Botschafter Dante Martinelli aus Brüssel an der Spitze. Ein besonderes Lob gehört Botschafter Michael Ambühl, der als Chef des Integrationsbüros meisterlich verhandelte. Das Bankkündengeheimnis als wichtiges Instrument unseres Fi-

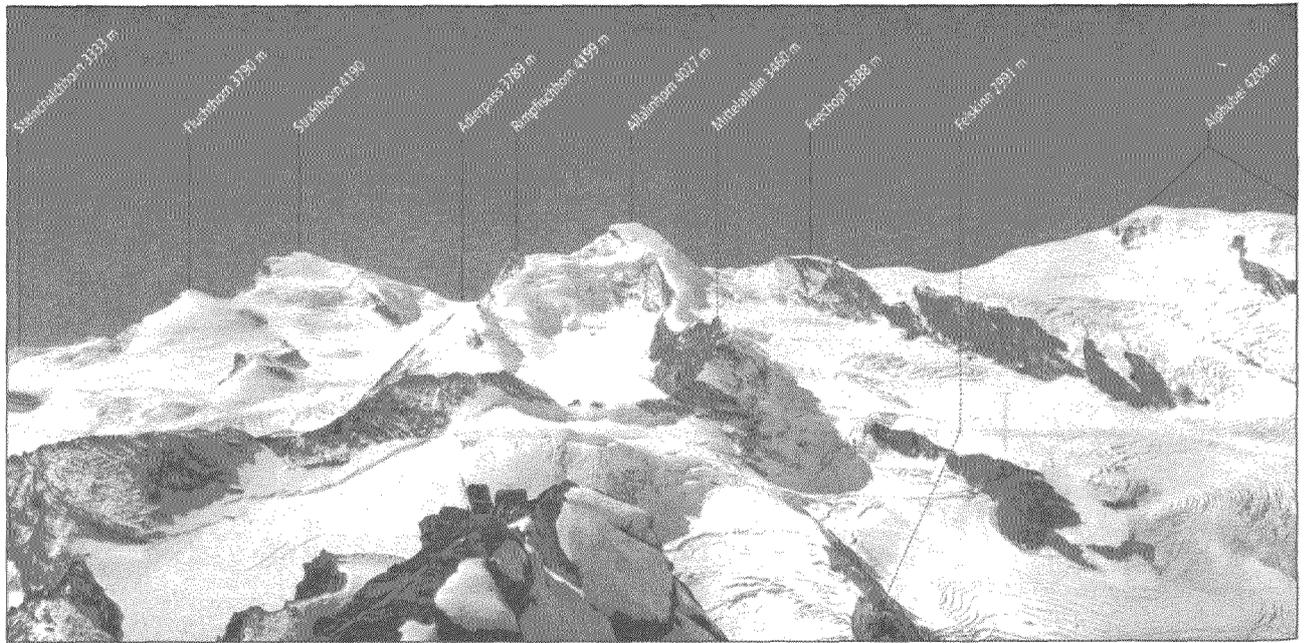
nanzplatzes wird mit dauerndem Charakter anerkannt und damit ein kaum erwarteter Sonderfall Schweiz geschaffen. Wir erhalten Teilnahmeberechtigung an den europäischen Bildungsprogrammen, Agrarzugang für die angewandten Landwirtschaftsprodukte und Beteiligung an der statistischen und ökologischen Agentur. Der Beitritt zum Dubliner Vertrag unterbindet die bisherige Magnetwirkung der Schweiz im Asylbereich. Auch das oft verkannte Schengener Abkommen bringt mehr Vor- als Nachteile. So können wir im Zeitalter der internationalen Kriminalität das europäische Informationssystem mitbenutzen, ohne dass wir das Bankgeheimnis lüften müssen. Die bisherige lückenhafte Grenzkontrolle wird qualitativ verbessert und ermöglicht mit mobilen Einsätzen eine bessere Abwehr krimineller Eindringlinge. Bundesrat und Parlament versäumten es leider bisher, ein positives Klima für

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

den zweiten bilateralen Schritt zu schaffen. Es ist nun höchste Zeit, die Verträge zu realisieren, so lange noch die vertrauten europäischen Vertreter in Brüssel wirken. Dies bedingt einen innenpolitischen Schulterchluss zwischen den vier Bundesratsparteien und den Wirtschaftsorganisationen unter Führung eines geeinten Bundesrates. Man sollte aus der erfolgreichen Volksabstimmung bei den ersten bilateralen Verträgen lernen und das Gesamtpaket dem Bürger unterbreiten. Es besteht die grosse Gefahr, dass bei Einzelabstimmung die Schengener Frage zu einem emotionalen «Europa Ja oder Nein» hochgespielt wird und alles bedrohen kann. Auf alle Fälle muss man dem SVP-Präsidenten entschieden widersprechen, wenn er behauptet, die EU hätte in Brüssel der Schweiz das Hemd ausgezogen. Im Gegenteil: die kleine Schweiz hat für einmal beim grossen Europa in äusserst geschickter Verhandlung Hemd und Hose erhalten.

Es ist in unserer Europapolitik höchste Zeit, dass nicht die ewigen Problembringer mit ihrer Angstmacherei das politische Feld beherrschen, sondern dass mit glaubwürdiger Risikokultur mutige Problemlöser siegen. ■



FDP-Reise

Allalin-Besteigung mit Bergpredigt!

Kommen Sie mit auf einen 4000er. 14./15. August 2004 (Schlechtwetterdatum 21./22. August 2004)

Im vergangenen Jahr offerierte die FDP-Zeitung ihren Lesern eine Bergtour über den Aletschgletscher vom Berner Oberland ins Wallis. In die-

sem Sommer packen wir ein ehrgeiziges Ziel an, einen Walliser Viertausender oberhalb von Saas Fee.

Anmeldung

Ich melde definitiv ___ Person(en) für die Wanderung vom 14./15. August 2004 (Schlechtwetterdatum 21./22. 8. 04) aufs Allalinhorn zum Preis von Fr. 520.- pro Person an. Das Programm, der Arrangementpreis und die Leistungen sind mir von der Ausschreibung her bekannt.

Name/Vorname: _____ Jahrgang: _____

Adresse: _____

Plz/Ort: _____

E-Mail: _____

Tel. tagsüber: _____ Tel. privat: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

_____ Person(en) mit Halbtaxabo zum Preis von Fr. 520.- pro Person

_____ Person(en) ohne Halbtaxabo mit Fr. 30.- Zuschlag pro Person

Ich/wir akzeptiere(n) die Annullationskostenversicherung (ELVIA), die mich/uns im Falle von Krankheit/Unfall vor der Reise schützt. Sie kostet Fr. 15.- pro Person.

Ich/wir verzichte(n) auf die Versicherung, da ich/wir gleichwertig versichert bin/sind. Versicherungsgesellschaft: _____

Bitte Namen der Begleitpersonen (inkl. Angabe betr. Halbtaxabo/Versicherung) auf separatem Blatt aufführen.

Coupon einsenden an: FDP Schweiz, Allalintour, Postfach, 3001 Bern.

Mit neuer Führung

Neuer Elan bei den Jungliberalen Solothurn

An der Generalversammlung der Jungliberalen des Kantons Solothurn sind das Präsidium mit Daniel Helfenfinger, das Vizepräsidium mit David Ruprecht sowie einige Stellen im Vorstand neu besetzt worden. Zu den Schwerpunkten im laufenden Jahr gehörte der Kongress der Jungfreisinnigen von Anfang April in Solothurn.



Der Vorstand der jungfreisinnigen kanton solothurn (v. l. n. r.): Philippe Weyeneth, bisheriger Kassier; Daniel Helfenfinger, Präsident; Irene Lehner, Parteisekretärin; David Ruprecht, Vizepräsident; André Haefeli, Medienverantwortlicher.

Neu: Jungfreisinnige

Mit der Feier zum hundertjährigen Bestehen der Jungliberalen Kanton Solothurn (JLKS) anlässlich des Kongresses der Schweizer Jungfreisinnigen wurde ein weiterer historischer Akt vollzogen: die Änderung des Parteinamens in *jungfreisinnige kanton solothurn (jfso)* und des Logos! Somit ist die letzte dem Freisinn verpflichtete jungliberale Bastion in der Schweizer Politlandschaft verschwunden. Sie befand sich bisher an der Seite ihrer ebenso eigensinnigen gelben Mut-

terpartei mit kleinem «d» (FdP) stets in guter Gesellschaft. Auch wenn diese Anpassungen im Vorfeld keineswegs unbestritten waren und einige altgediente Solothurner Jungliberale sie sicher nur schweren Herzens verdauen mögen, macht diese Angleichung an die gesamtschweizerische Corporate Identity durchaus Sinn. Künftig wird auch jede Verwechslung mit den der Liberalen Partei (LPS) zugewandten Jungparteien vermieden.

Die 10 Gebote für Politikerinnen und Politiker

Zusammengetragen und formuliert im Bewusstsein, dass sie noch weniger beachtet werden als die 10 Gebote in der Bibel. (a-z, 02.04)

1. Deine Rede sei wahr und klar

Denke nach, bevor du sprichst. Sprich nur, wenn du etwas zu sagen hast. Formuliere klar, dass deine Aussage verstanden und möglichst wenig missverstanden werden kann.

2. Sei korrekt und denke an die Folgen

Sei korrekt im privaten und politischen Leben. Was du tust, ist nicht mehr Privatsache. Du hast strengeren Massstäben zu genügen. Die Würde des Parlaments und das Ansehen der Partei hängen auch von dir ab.

3. Sei loyal zu deiner Partei

Falle deiner Partei in der Öffentlichkeit nie in den Rücken, denn dein politisches Gewicht ist mit jenem der Partei verbunden. Wenn Kritik notwendig ist, kritisiere intern. Verzichte auf abfällige Bemerkungen über deine Parteikollegen; sie schaden vor allem dir und der Partei.

4. Stehe immer zu den liberalen Grundsätzen

Du bist liberalen Grundsätzen verpflichtet. Vertritt sie klar und deutlich. Der Kompromiss ist kein Standpunkt. Besondere Konsensfähigkeit ist kein erstrebenswertes Lob.

5. Behandle deinen politischen Kontrahenten so, wie er dich behandeln soll

Diffamiere deinen politischen Kontrahenten nicht; er könnte in einer anderen Frage dein Verbündeter sein. Kämpfe für eine Sache und nicht gegen eine Person. Wenn Politiker Politiker beschimpfen, leidet das Ansehen des Parlaments, auch deines.

6. Verlange nie etwas, das dein politischer Kontrahent dir nicht zugestehen kann

Probleme lösen und nicht persönliche Profilierung ist das wichtigste Anliegen. Provoziere nie endlose, fruchtlose Diskussionen um unerfüllbare Forderungen. Du stiehst damit nur dir und den anderen kostbare Zeit.

7. Politisiere dort, wo du etwas verstehst

Überzeuge durch Sachkenntnis. Gemeinplätze oder aggressive Rhetorik führen nicht zum Erfolg. Strebe danach, in einigen dir zusagenden

Fachgebieten als Fachmann anerkannt zu werden. Wer glaubt, zu allem etwas sagen zu müssen, ist ein Schwätzer.

8. Beschäftige dich mit dem, was den Bürger beschäftigt

Nicht das, was dich interessiert, ist wichtig, sondern was den Bürger beschäftigt. Parteiprogramme mit hundert politischen Aussagen liest niemand. Suche liberale Antworten auf die aktuellen Probleme, die den Bürger verunsichern.

9. Denke an deine Verantwortung gegenüber deinen Wählern

Nimm deine Wähler ernst; enttäusche sie nicht. Versprich nichts, was du nicht halten kannst. Wer sich erst kurz vor den Wahlen an seine Wähler erinnert, hat die Wahlen schon verloren.

10. Bleibe ein Mensch

Ein Politiker, der nur in politischen Kategorien denkt, wird seelenlos. Ein Politiker, dessen einziges Streben die politische Macht ist, wird gemeingefährlich. Bleibe offen für das ganze Leben, alles andere lohnt sich nicht.

Adressen der Geschäftsleitungs-Mitglieder



Präsident

Kuno Kennel
Mitglied GL-Ausschuss
Gotthardstrasse 13
6415 Arth
Tel. P 041 855 11 54
Tel. G 01 631 64 25
Fax G 01 631 53 94
Mobile 079 300 12 72
kuno.kennel@ch.abnamro.com
kunokennel@bluewin.ch



Regierungsrat

Alois Christen
Bürgenstockhöckli 33
6403 Küsnacht
Tel. 041 850 30 15



Sekretär

Stefan Dettling
Mitglied GL-Ausschuss
Schmiedgasse 1
6430 Schwyz
Tel. P 041 811 52 59
Tel. G 079 670 11 59
Fax G 079 810 00 70
stefan.dettling@bluewin.ch



Regierungsrat

Peter Reuteler
Seeblick 8
8832 Wollerau
Tel. 01 784 15 51



Wir gratulieren

Max Pusterla,
Präsident des Verfassungsrates



An seiner letzten Sitzung im vierten Amtsjahr haben die Mitglieder des Basler Verfassungsrates unseren ehemaligen Geschäftsführer und früheren Grossrat Max Pusterla zum Ratspräsidenten für das fünfte Amtsjahr gewählt. Wir wünschen dem Redaktor des Basler Teils dieses Blattes in seinem neuen, verantwortungsvollen Amt viel Erfolg und persönliche Befriedigung.

Die Basler Freisinnigen hoffen gleichzeitig, dass es dem Verfassungsrat unter seinem neuen Präsidenten gelingen möge, in der bevorstehenden zweiten Lesung des vorliegenden Verfassungsentwurfes die nach wie vor umstrittenen Punkte so zu bereinigen, dass der neuen Basler Kantonsverfassung mehrheitlich zugestimmt werden kann.

Die Basler FDP ist sich bewusst, dass dies von allen Seiten Kompromissbereitschaft erfordert. Sie ist aber zuversichtlich, dass schliesslich eine «Koalition der Vernunft» der Verfassung zum Durchbruch verhelfen wird.

Hans-Jürg Käser neuer Fraktionspräsident

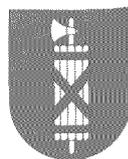


am 6. September 1949 in Langenthal geborene Hans-Jürg Käser wurde an der Fraktionsversammlung von Mitte April 2004 für eine Amtsperiode von zwei Jahren zum neuen Fraktionspräsident gewählt. Hans-Jürg Käser – ursprünglich während 17 Jahren Sekundarlehrer in Langenthal – ist seit 1. Januar 1995 hauptamtlicher Stadtpräsident von Langenthal und in dieser Funktion für das Ressort Bau und Planung verantwortlich. Er ist seit Mitte 1998 Mitglied des Grossen Rats. Sein besonderes Interesse gilt Sicherheits- und Bildungsfragen, weshalb sich Hans-Jürg Käser auch in den FDP-Arbeitsgruppen Polizei und Bildung speziell engagiert. In seiner Freizeit widmet er sich gerne den Themen Haus, Garten, Reisen, Lesen, Diskutieren und Theater. Kontakt: stadtpresident@langenthal.ch

Wir gratulieren Hans-Jürg Käser, Langenthal, zu seiner Wahl zum Präsidenten der FDP-Fraktion des Grossen Rats. Der

FDP-Geschäftsführer zum Generalstabsmajor befördert

Felix Keller, Geschäftsführer/Parteisekretär der FDP des Kantons St. Gallen, wurde im März 2004 zum Major im Generalstab befördert. Die Parteileitung gratuliert Felix Keller zur Beförderung und wünscht ihm viel Geschick und Erfolg in seinem neuen militärischen Amt.



Felix Keller anlässlich der Beförderungsfeier

Mein Herz schlägt für die KMU

Nationalrat Edi Engelberger ist neuer Präsident des SGV

Wenn Nationalrat Edi Engelberger auch ein engagierter FDP-Parlamentarier ist, so weiss man, dass für ihn die Anliegen des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) vor allem anderen stehen. Gerade darum ist es dem «Schweizer Freisinn» ein besonderes Anliegen, mit dem neuen Präsidenten des SGV ein Gespräch zu führen.

*«Schweizer Freisinn»:
Gehört die Wahl zum Präsidenten des SGV zu den Höhepunkten in Ihrer politischen Karriere?*



Edi Engelberger

Edi Engelberger: Wenn Sie den SGV auch zu einer politischen Einrichtung zählen, ist diese Wahl tatsächlich ein weiterer Höhepunkt in meinem politischen Leben. Dies nicht zuletzt darum, weil ich es als wichtig erachte, dass sich Gewerbetreibende verschiedenster Couleur in der Politik engagieren. Gerade darum freue ich mich besonders auf dieses Amt und damit auf die Möglichkeit, diesen wichtigen Verband in eine gute Zukunft zu führen.

War dies der Grund für Ihre Kandidatur?

Nicht allein. Als 2001 unser damaliger Vizepräsident, Samuel Schmid, in den Bundesrat gewählt wurde, entstand eine Lücke im Vorstand des SGV. Ich habe mich damals gerne als Vizepräsident zur Verfügung gestellt. Schon

bald wurde mir klar, dass mir die Aufgabe des Präsidenten viel Freude bereiten würde. Diese Führungsaufgabe entspricht meinem Naturell. Ich finde es auch nicht unwesentlich, dass mit meiner Wahl die Zentralschweiz berücksichtigt wurde.

Wie wichtig ist Ihnen dieser regionalpolitische Aspekt?

In einem gesamtschweizerischen Spitzenverband hat dieser Aspekt nicht erste Priorität. Trotzdem kann ich mir vorstellen, dass die Wahl meiner Region zusätzlichen Auftrieb verleiht.

Wer Sie aus der Tätigkeit innerhalb der FDP-Fraktion kennt, hat den Eindruck, dass Sie die Wahl

zum SGV-Präsidenten auch aus Lust am Kampf angestrebt haben. Ist das so?

Während meiner ganzen politischen Karriere musste ich kämpfen. Als Freisinner in einem CVP-dominierten Umland bin ich Mitglied einer Minderheitspartei. Das prägt. Auch als Präsident des Schweizerischen Skiverbandes war deutlich mehr Kampf als Musse angesagt. Genauso wie als Nidwaldner Regierungsrat und Landammann. Aber auch als Unternehmer, der heute zusammen mit seinem Sohn einem 110-jährigen Familienunternehmen und KMU vorsteht. Nur wer mit Mut, Kampfgeist, Optimismus und dem nötigen Sportgeist eine Herausforderung angeht, kann erfolg-

reich sein. Das hat mich das Leben gelehrt.

Sie haben keine Zeit, lange zu überlegen, wohin die Reise des SGV gehen soll. Was sind Ihre Ziele und wo setzen Sie die ersten Prioritäten?

Ganz wichtig scheint mir, dass der SGV eine geschlossene Einheit bildet. Diese geballte Kraft ist nötig, um den komplexer und härter werdenden Herausforderungen der Zukunft souverän begegnen zu können. Das gilt besonders in einer Zeit, in der prononciert politisiert wird

als auch schon. KMU-Power muss deshalb überall sichtbar werden. Auf politischer Ebene genauso wie in der Öffentlichkeit.

Planen Sie einen Kurswechsel oder wird sogar alles anders?

Nein. Aber wir werden nicht darum herumkommen, uns künftig noch stärker auf einige Kern- und Schwerpunktthemen zu konzentrieren.

Können Sie da konkrete Beispiele anführen?

Für mich ist zentral, dass wir die Position der KMU in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ins richtige Licht rücken. Wir müssen aber auch selbstbewusster auftreten und allen klar machen, dass wir die stärkste Kraft in diesem Land sind. Immerhin sind 99 Prozent der Unterneh-

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige

Recht verstehen...

Ihr Weg zum Recht.

www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00

Binder rechtsanwälte

Fortsetzung von Seite 5

men in der Schweiz KMU, die über 70 Prozent der Arbeitsplätze anbieten und die klare Mehrzahl der Ausbildungsplätze für Lehrlinge bereitstellen. Auf keinen Fall dürfen wir in unserem Kampf gegen die bürokratischen Hindernisse nachlassen. Wie wichtig dieser Einsatz ist, zeigen die aktuellen Ereignisse rund um den neuen Lohnausweis (siehe Kästen unten). Hier wollen wir

unsere Vorstellungen auf politischer Ebene durchsetzen.

Und im Bereich Steuern?

Die Staatsquote ist seit den frühen 90er-Jahren förmlich explodiert. Wir alle leiden unter immer höheren Steuern, Abgaben und Gebühren. Hier müssen wir, ohne Wenn und Aber, eine Trendwende herbeiführen. Unser Programm muss «Aufrechterhaltung des Wohlstands»

heissen. Das erreichen wir einzig und allein durch wachstumsorientierte, wirtschaftsfreundliche und liberale Rahmenbedingungen. Auch dieser Bereich hat höchste Priorität für mich.

Viele KMU haben Schwierigkeiten mit der Fremdfinanzierung. Sehen Sie hier eine Lösung?

Mit «Basel II» steht eine Bedrohung vor der Tür der KMU-Betriebe. Wir werden

in engem Kontakt mit den Banken für praktikable Lösungen kämpfen müssen. Darüber hinaus werde ich mich zusammen mit dem Verband dafür einsetzen, dass dem gewerblichen Bürgschaftswesen neues Leben eingehaucht wird.

Der SGV feiert sein 125-jähriges Bestehen. Wagen Sie eine Prognose für die nächsten 25 Jahre?

Ich bin überzeugt, dass sich der SGV weiterhin auf

seine Kernanliegen konzentriert und das politische Engagement unserer Mitglieder, auf allen Ebenen, nicht nachlässt. Dann werden unsere Nachfolger im Jahre 2029 ein freudiges Fest feiern können.

Das Gespräch mit Nationalrat Edi Engelberger führte Ruedi Schläpfer vom GS der FDP Schweiz.

Lohnausweis-Bürokratie gestoppt

FDP bodigt geplante Schikanen für Gewerbe und KMU

Der neue Lohnausweis soll nicht zu einer unverhältnismässigen Bürokratie für Arbeitgeber und Arbeitnehmer führen, wie dies die kantonalen Steuerbehörden geplant haben. Die nationalrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) hat eine entsprechende parlamentarische Initiative von Hans Rudolf Gysin (FDP/BL) gutgeheissen.

Die Schweizerische Steuerkonferenz beschäftigt sich seit längerer Zeit mit der Gestaltung eines neuen Lohnausweises. Die vorgeschlagenen Lösungen würden zu einer grossen administrativen Belastung führen. Neu müssten umfassend sämtliche Leistungen des Arbeitgebers auf dem Lohnausweis aufgeführt werden. Selbst über den Gratis-Kaffee wäre exakt Buch zu führen. Die FDP hat sich von Anbeginn weg gegen diese Schikanen zur Wehr gesetzt, weil sie für Gewerbe, KMU, aber auch für grössere Unternehmen zu sinnlosem bürokratischem Zusatzaufwand führen

würde. Der Bundesrat und kantonale Behörden können nicht die administrativen Aufwände als wachstumshemmend und zu beseitigen bezeichnen und gleichzeitig Projekte wie diesen Lohnausweis vorantreiben.

Bereits 2002 hat alt Nationalrat Paul Kurrus (FDP/BL) zwei entsprechende Vorstösse eingereicht (02.3584 Mo. Kurrus Paul Mitwirkungspflicht der Arbeitgeber beim Lohnausweis; 02.3099 Ip. Kurrus Paul Einführung eines gesamtschweizerischen Lohnausweises bzw. einer Rentenbescheinigung per 1. Januar 2003). Die nun von der WAK angenommene parlamentarische Initiative von Nationalrat Hans Rudolf Gysin stammt aus dem vergangenen Jahr (03.447 Pa.Iv. Gysin Hans Rudolf Lohnausweis). Diese parlamentarische Initiative verlangt, dass im Gesetz eine Grundlage für die Gestaltung des Lohnausweises geschaffen werden muss. Dadurch wird das unsinnige Projekt der Schweizerischen Steuerkonferenz mindestens vorläufig gestoppt, das



Hans Rudolf Gysin

drohte, die Steuerbelastung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu vergrössern. Nun besteht die Chance, einen Lohnausweis zu gestalten, der besser und trans-

parenter ist und sich auf das Notwendige beschränkt, ohne zur wirtschaftsfeindlichen Schikane zu werden. ■

Die unpolitische Seite des Ruedi Noser

Der Unternehmer und Geburtshelfer von Avenir radical

«Freisinn»: Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf begründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Ruedi Noser: Ich setze auf eine Schweiz, die bereit ist, sich zu ändern, die wieder einen Willen zu kämpfen entwickelt und zu den Besten gehören will.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Es wird versucht, zu rasch zu viel umzusetzen, und dabei wird vieles nur sehr kurzfristig angedacht. Leider ist man für einen kurzfristigen Erfolg praktisch häufig willens, die Zukunft zu verraten.



Ruedi Noser

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Internet und E-Mail haben in den letzten Jahrzehnten wohl die grundlegendsten Veränderungen bewirkt. Man verfügt heute praktisch weltweit über alle gewünschten Informationen. Folge ist, dass die Information ihren Stellenwert als Machtfaktor, zumindest in der westlichen Welt, eingebüsst hat. Ich freue mich

aber praktisch über alle Erfindungen. Für mich ist es ein Ausdruck der Freiheit, wenn man auch einen, wie man auf gut Deutsch sagt, «Seich» erfinden darf.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die Schweiz vermittelt mir ein Heimatgefühl. Jedes Mal, wenn ich auf dem Heimweg das Panorama der Glarner Berge sehe, überkommt mich dieses besonders stark. Ein Gefühl, das sagt: Hier bin ich zu Hause. Einen besseren Ort, um meine Kinder grosszuziehen, kann ich mir nicht vorstellen.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Wir leben in einem der schönsten Länder dieser Welt. Trotzdem reden wir die Schweiz oft schlecht, weil wir es einfach nicht fertigbringen, ihr eine Liebeserklärung zu machen.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil sich die FDP als einzige Partei dafür einsetzt, dass alle Einwohner möglichst viele Chancen bekommen, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es wollen.

Gäbe es einen Nobelpreis für eine(n) Politiker(in), wem würden Sie diesen verleihen?

An einen unbekanntes Politiker, der an einem unbekanntes Ort mit vielen kleinen Einsätzen Grosses leistet. Immer mit dem Ziel vor Augen, dass sich die Menschen an diesem unbekanntes Ort wohl fühlen. Gute Politik verträgt sich nicht mit Starallüren.

Wodurch kann Sie eine Politikerin oder ein Politiker überzeugen?

Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit kommt aus dem Bauch und nicht vom Kopf. Überzeugend ist ein Politiker/eine Politikerin dann, wenn er bzw. sie gewillt ist, einen Dialog im Interesse der Sache, anstelle eines Monologes zur eigenen Profilierung, zu führen.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Spontan finde ich es einfach schön, dass es zwei Geschlechter gibt, die ohne einander nicht leben können. Für mich eine Genialität der Schöpfung, die

sich Menschen, bei all den wissenschaftlichen Fortschritten, nie hätten ausdenken können.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Am liebsten würde ich mehr Zeit mit meinen Kindern verbringen. Ausserdem würde ich sehr gerne Bücher schreiben können.

Was ist Ihre persönliche Schwäche?

Ich werde, wohl auch durch mein lockeres Auftreten, häufig falsch eingeschätzt. Ich bin eigentlich ein sensibler Mensch. Die Sensibilität bringt es mit sich, dass mir manchmal Dinge näher gehen, als mir dies lieb ist.

Was ist Ihre persönliche Stärke?

Ich diskutiere sehr gerne und viel. Wenn mein Bauch von einer Sache überzeugt ist, bin ich in Debatten ein nicht einfacher, harter, aber fairer Gesprächspartner.

Welches Buch lesen Sie zurzeit?

Die Biographie von Dimitri.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Ausser schnelles Gehen zwischen zwei Terminen – leider – nichts.

Kurzbiographie

Zur Person

Alter: 43

Beruf: dipl. El.-Ing. HTL/STV

Politischer Werdegang: Quereinsteiger 1997; Vorstand FDP Zürich 1997; Geschäftsleitung FDP Schweiz 1999; Kantonsrat in Zürich 1999–2003; Vizepräsident FDP Schweiz 2003; Präsident der FDP Zürich a. i. für ein Jahr 2003/2004; Nationalrat seit Herbst 2003

Liebste Tätigkeit:

Lesen, mit den Kindern etwas unternehmen, entspannt daliegen und die Decke anstarren. Für die FDP kämpfen.

Lieblingessen:

Essen heisst für mich auch, sich an die Kindheit zurückzuerinnern. So liebe ich die vielen Dinge, die meine Mutter gekocht hat, welche in keinem Kochbuch zu finden sind.

Mit wem würden Sie dieses Essen am liebsten einnehmen?

Mit meiner Frau, auch einmal ohne unsere Kinder.

Einladung

FDP 
Freisinnig-Demokratische Partei

LIBERAL
Parti libéral suisse / Liberale Partei der Schweiz

Chancengleichheit in der Wissensgesellschaft

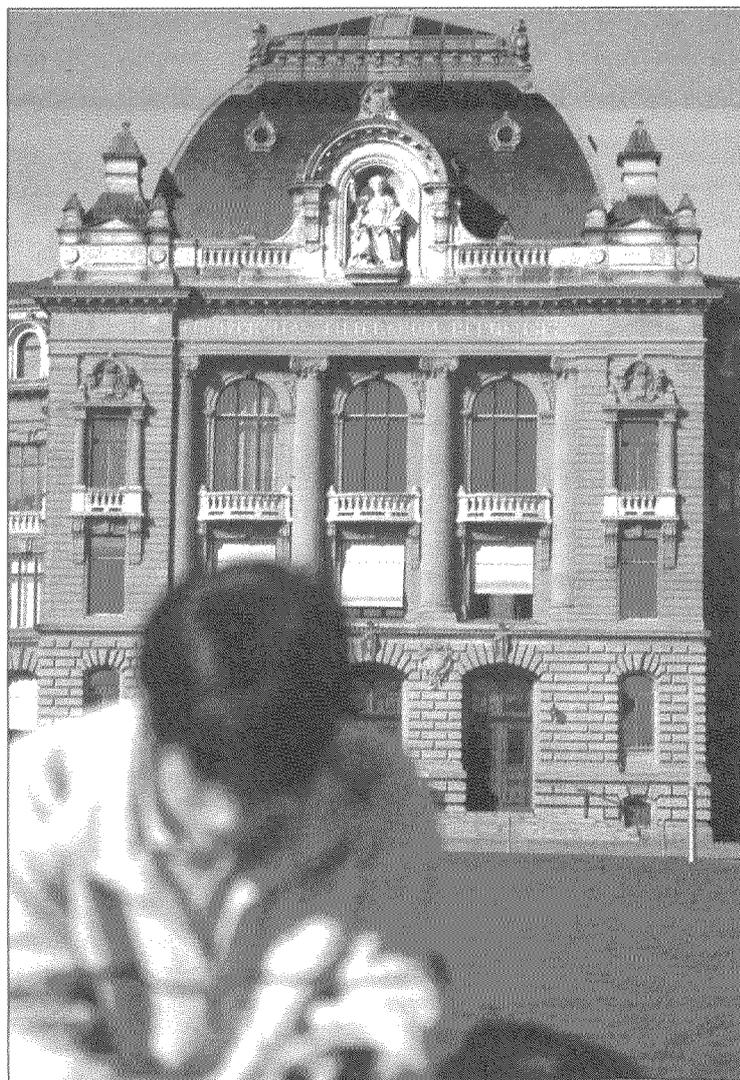


Bild: Keystone

*Samstag, 19. Juni 2004
9.00 Uhr
Universität Bern
(Kuppelraum)
Hochschulstrasse 4
3012 Bern*

Anzeige

Programm

- 9.00 Kaffee/Gipfeli
- 9.30 Begrüssung und Einführung durch Nationalrat Johannes Randegger (BS), Präsident des Expertenpools Bildung der FDP Schweiz
- 9.40 **Fokus 1: Chancengleichheit für Studierende**
Aktuelle Fragestellungen und Entwicklungsperspektiven für die Universitäten
Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern
Chancengleichheit und Finanzierung
Alexandre Aellig (ETH Lausanne), Präsident des Verbandes der Schweizerischen Hochschulstudierendenschaften
- Fokus 2: Chancen für Schülerinnen und Schüler**
Integration und Religion in der Schule
Regierungsrätin Ruth Gisi (SO), Vorsteherin des Departements für Bildung und Kultur
Ein System für eine Moderne Primarschule in der Schweiz
Nationalrat Ruedi Noser (ZH),
Vizepräsident der FDP Schweiz
- 11.00 Pause/Buffet
- 11.30 **Fokus 3: Chancengleichheit dank Leistung: Ein Querschnittsthema für das Schweizerische Bildungswesen**
Gesprächsrunde und Diskussion mit dem Publikum
Moderatorin:
Ständerätin Christiane Langenberger (VD)
Podiums-Teilnehmer:
Pascal Couchepin; Ruth Gisi; J. Randegger; Xavier Comtesse (avenir suisse); Barbara Polla (alt Nationalrätin, GE); Regula Hitz (Jungfreisinnige, SO); Pierre Guillaume Kopp (Präsident der Jungliberalen Partei der Schweiz, BS)
- 12.30 **Ende der Tagung / Resolution**
Nationalrat Johannes Randegger (BS)

Anmeldefrist: Freitag, 18. Juni 2004

Kosten: Fr. 20.-
Zahlung auf PC 30-2498-0 oder vor Ort

Mit freundlichen Grüssen

Expertenpool Bildung der FDP Schweiz

*Der Präsident: Johannes Randegger
Der Sekretär: Sébastien Leprat*

TECHNO? LOGISCH!

SULZER

Anmeldung

bis 18. Juni 2004

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

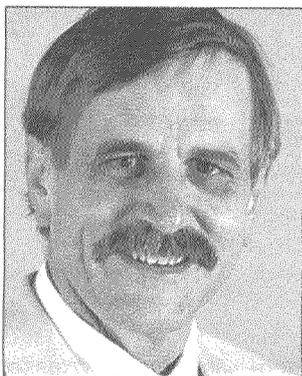
FDP Schweiz, Tel. 031 320 35 19, Postfach 6136, 3001 Bern,
E-Mail: leprat@prd.ch

EO-Revision ist der richtige Weg

Ausgewogener und vernünftiger Mutterschutz

Mit der Revision des Erwerbsersatzgesetzes (EO) wird die Erwerbsausfallentschädigung während Militär-, Zivil- und Zivildienst von bisher 65% auf 80% erhöht. Gleichzeitig wird das Taggeld für Rekruten von Fr. 43.– auf Fr. 54.– angehoben. Und neu steht nun auch den erwerbstätigen Müttern – während höchstens 14 Wochen nach der Geburt ihres Kindes – ein Lohnersatzanspruch von 80% des vorherigen Lohnes zu.

Von Nationalrat
Pierre Triponez, Muri BE



Pierre Triponez

Ausgangspunkt und zentrales Anliegen dieser EO-Revision bildete die Verwirklichung des seit Jahrzehnten in unserer Bundesverfassung verankerten Anspruchs auf einen gesetzlichen Mutterschutz nach der Niederkunft. Gleichzeitig wird mit der Vorlage der modernen gesellschaftlichen Entwicklung und der Tatsache Rechnung getragen, dass heute – anders als früher – ein Grossteil der Frauen auch nach der Familiengründung berufstätig bleibt. Wegleitend für die getroffene Lösung war aber auch die Respektierung des Volkswillens anlässlich der denkwürdigen Abstimmung vom 13. Juni 1999; damals wurde eine eigenständige neue Sozialversicherung für alle Mütter deutlich abgelehnt.

Der neue Gesetzesvorschlag beschränkt sich deshalb auf einen zeitlich befristeten Lohnersatzanspruch erwerbstätiger Mütter im Rahmen der bestehenden Erwerbsersatzordnung. Diese Ausdehnung der Anspruchsberechtigung ist umso nahe liegender, als bekanntlich sämtli-

che selbständig oder nicht selbständig berufstätigen Frauen seit eh und je wie die Männer ihren monatlichen Beitrag in die EO-Kasse leisten. Neu ist aber, dass die Frauen künftig im Falle einer Mutterschaft während 14 Wochen zum gleichen Ansatz wie die Dienstleistungspflichtigen ebenfalls entschädigungsberechtigt werden.

Viel wichtiger als dieses Argument ist jedoch die Tatsache, dass der Mutterschutz für die erwerbstätigen Frauen in unserem Lande bisher unbefriedigend geregelt ist. Gemäss dem schweizerischen Arbeitsgesetz gilt nämlich während 8 Wochen nach einer Geburt für die Mutter ein absolutes Arbeitsverbot und während 16 Wochen nur eine begrenzte Ar-

beitsurlaubnis. Demgegenüber besteht im heutigen Obligationenrecht eine einseitige Lohnzahlungspflicht des Arbeitgebers je nach Dauer des Arbeitsverhältnisses; im ersten Vertragsjahr beschränkt sich diese auf 3 Wochen. In der Praxis bedeutet dies, dass jene Mütter, die erst wenige Jahre im Erwerbsleben stehen oder kurz vor ihrer Schwangerschaft den Arbeitgeber wechseln, nach der Geburt ungenügend abgesichert sind. Hier also klafft eine Lücke, welche – darüber herrscht weit gehend Einigkeit – unhaltbar und einer modernen Gesetzgebung unwürdig ist.

Die bisherige obligationenrechtliche Regelung des Mutterschutzes ist aber auch aus weiteren Gründen bedenklich. Sie bewirkt nicht nur eine Ungleichbehandlung der Mütter je nach der Dauer des individuellen Arbeitsverhältnisses, sondern sie stellt auch ein krasses Mobilitätshemmnis für junge Frauen dar. Die Regelung führt andererseits auch zu einer übermässigen Belastung einzelner Branchen und Betriebe mit überdurchschnittlich hohem Frauenanteil. Besonders kritisch ist die Situation für Klein- und Kleinstbetriebe. Und überhaupt keine Lösung bietet die obligationenrechtliche Regelung schliesslich den selbständig erwerbstätigen Frauen, welche heute schlicht und einfach auf sich selbst gestellt sind.

Seit Jahrzehnten wird deshalb in der Schweiz nach einer ausgewogenen und finanziell tragbaren Regelung des Mutterschutzes gesucht. Zahlreiche Entwürfe und Lösungsmodelle sind in den letzten 50 Jahren ausgearbeitet worden. Alle bisherigen Versuche sind allerdings gescheitert, weil sie zu kompliziert oder zu kostspielig waren. Die Hauptkritik der letzten Vorlage beispielsweise richtete sich gegen die sogenannte «Grundleistung» für nicht erwerbstätige Mütter sowie die Adoptionsurlaube.

All diese Gründe haben das Parlament bewogen, auf eine eigenständige, umfassende Mutterschaftsversicherung zu verzichten und sich im Sinne der parlamentarischen Initiative Triponez auf eine einfache und kostengünstige Regelung des Mutterschutzes im Rahmen der Erwerbsersatzordnung zu beschränken. Diese breit abgestützte Lösung bietet folgende Vorteile:

■ Die bisherige OR-Regelung wird aufgehoben. Damit entfällt die einseitige Lohnzahlungspflicht der Arbeitgeber. Für die Arbeitgeberseite bringt dies gegenüber heute Einsparungen von

langfristig 130 Mio. Franken pro Jahr.

■ Die bisherige Ungleichbehandlung der Mütter im Erwerbsleben fällt weg. Alle erwerbstätigen Mütter werden während 14 Wochen nach der Geburt entschädigungsberechtigt; dies gilt somit neu auch für die Selbständigerwerbenden und die mitarbeitenden Ehefrauen z. B. im Gewerbe und in der Landwirtschaft.

■ Es gibt keine neue Versicherung und keine neue Administration.

■ Die Finanzierung erfolgt paritätisch durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dank grosser Reserven des EO-Fonds müssen die bereits jetzt erhobenen Beiträge in den nächsten Jahren nicht angehoben werden. Ab dem Jahr 2009 wird eine Erhöhung in zwei Schritten um je 1 Promille zur langfristigen Finanzierung ausreichen.

Ein solcher Mutterschutz ist ausgewogen und vernünftig. Ich bin denn auch zuversichtlich, dass die vom Parlament mit überzeugenden Mehrheiten verabschiedete EO-Revision in einer allfälligen Volksabstimmung breite Zustimmung finden wird. ■

Erfolg und Niederlage

«Ein Misserfolg ist die Chance,
es beim nächsten Mal besser zu machen.»

Henry Ford, amerikanischer Industrieller (1863–1947)

«Von selbst geht nichts!»

Markus Hutter glaubt an die Kraft des menschlichen Geistes

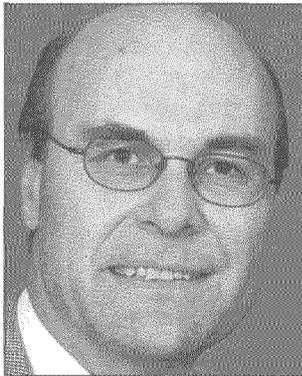
Für den Winterthurer Nationalrat ist es klar, dass es nur die FDP sein kann, die ihm als Unternehmer den nötigen Freiraum offen lässt.

«Freisinn»: Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf begründet sich ihre grösste Hoffnung?

Markus Hutter: In der Kraft des menschlichen Geistes. Die Menschheitsgeschichte ist sicher nicht geradlinig verlaufen, aber trotz allen Irrungen hat sie immer wieder den Weg zu weiteren Erfolgen gefunden. Ich zweifle auch nicht daran, dass wir in der Schweiz zu unseren Stärken zurückfinden. Aber von selbst geht nichts.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die Trägheit unserer westlichen Wohlstandsgesellschaft. Sie blockiert mit



Markus Hutter

ihrem extremen Besitzstandsdenken mittlerweile fast jede Veränderung. Niemand will etwas riskieren, und niemand will Verantwortung übernehmen. Wirtschaftsaufschwung ja, aber selbstverständlich ohne mehr Einsatz. Staatsquote senken ja, aber selbstverständlich ohne Abbremsen des Sozialausbaues. Bildung ja, aber... Sicherheit ja, aber... Umweltschutz ja, aber... usw. usw.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie

für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die Frage kann man so nicht beantworten, weil es nicht eine wichtigste Erfindung gibt. Ich sehe die Kombination aus Feuer, Rad und Geld als Grundlage unserer Zivilisation. Aber dazu muss der Umgang mit Form, Farbe und Tönen als Grundlage unserer Kultur auf die gleiche Stufe gestellt werden. Am entbehrlichsten ist die Atombombe.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die geografische Vielfalt der Berge, Seen, Täler und Ebenen. Aber auch die sprachliche Vielfalt hat ihren Reiz.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Dass wir zu oft dieselben Dinge gleichzeitig neu erfinden und es so schwer fällt, schwierige Probleme gemeinsam zu lösen.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil ich als freier, tatkräftiger Unternehmer eine Plattform brauche, wo ich mein Gedankengut und meine Initiative für eine gesunde Wirtschaft einbringen kann.

Gäbe es einen Nobelpreis für eine(n) Politiker(in), wem würden Sie diesen verleihen?

In der jüngeren Vergangenheit Ludwig Erhard in Deutschland und Maggie Thatcher in England. Politisch König Juan Carlos von Spanien, der ohne Blutvergiessen den Übergang von der in jeder Beziehung rückständigen Franco-Diktatur zu einer funktionierenden modernen Demokratie geschafft und erhalten hat.

Wodurch kann Sie eine Politikerin oder ein Politiker überzeugen?

Mich überzeugen ganz allgemein Menschen, die, wenn sie «Wasser predigen», auch selbst Wasser trinken.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Zuerst und vor allem: die Natur hat etwas dagegen, dass Mann und Frau gleich sind. Sie gebietet aber genauso energisch, dass es beide braucht. Im Teamwork soll jeder das beisteuern, was er am besten kann. Gleichstellung heisst deshalb sicher nicht, dass eine Frau einen Job oder ein politisches Mandat erhält, weil sie eine Frau ist. Es ist doch nichts gegen eine Frau am Steuer eines Lastwagens oder einen Mann am Kochherd einzuwenden! Und ausserdem: Die Verschiedenheit macht auch beiderseits Freude und bringt Farbe in unser Leben.

Was möchten Sie am liebsten tun können,

was Sie nicht können?

Ich wäre am liebsten ein tüchtiger «Batman», der Kraft seiner übernatürlichen Fähigkeiten in vielen Fällen schnell und hilfreich eingreifen kann.

Was ist Ihre persönliche Schwäche?

Bei den feinen Gerichten meiner lieben Gattin kann ich mich kaum im Zaum halten und esse stets viel zu viel.

Was ist Ihre persönliche Stärke?

Ich verfolge gesteckte Ziele zwar mit Hartnäckigkeit, aber ich kann auch zuhören und Gegenargumente durchaus abwägen und würdigen. Es geht mir nie darum, «wer recht hat», sondern «was richtig ist».

Welches Buch lesen Sie zurzeit?

Paulo Coelho: «Auf dem Jakobsweg».

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Wo immer möglich, den Lift auslassen und Treppen steigen sowie mit unserem Sohn so oft wie möglich auf den Hausberg von Winterthur, den «Schauenberg», wandern.

Das Gespräch mit Markus Hutter führte Ruedi Schläpfer vom GS der FDP Schweiz

Kurzbiographie

Zur Person

Alter: 47

Beruflicher Werdegang: Volkswirt (Iic. oec. HSG)

Politischer Werdegang: Gemeinderat Winterthur, Kantonsrat Zürich, Nationalrat

Liebste Tätigkeit:

Wandern, Motorradfahren

Lieblingessen:

«Züri-Gschnätzlets» mit Röstli

Mit wem würden Sie dieses Essen am liebsten einnehmen?

Mit Bertrand Piccard.

Die FDP-Basis traf sich in Bern

Erste Bewertung des Projektes «Avenir radical»

Über 250 freisinnige Frauen und Männer trafen sich am 15. Mai in Bern zu einer ersten Bewertung der eingegangenen Projekte. Schwungvoll führten Nationalrätin Christa Markwalder (BE) und

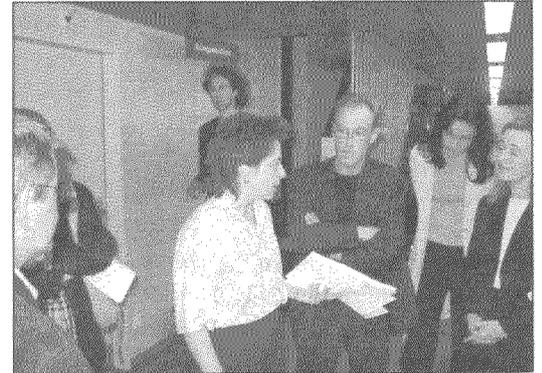
Grossrätin Isabelle Moret (VD) durch die Präsentation. Eine grosse Anzahl von Journalisten verfolgte interessiert, wie spontan die Teilnehmer die vorgeschlagenen Themenbereiche beurteilten.



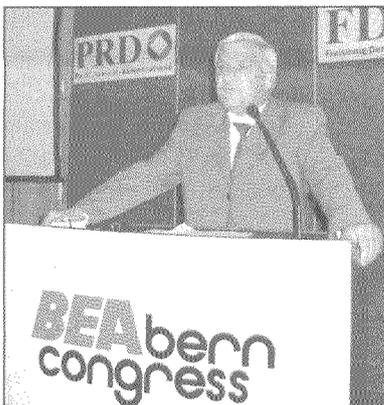
Thomas Naef und Susanne Fischer vom Projektteam warten gespannt auf den Veranstaltungsbeginn...



... während Erwin Aebischer vom GS FDP-Anstecknadeln und -Feuerzeuge zum Verkauf anbot.



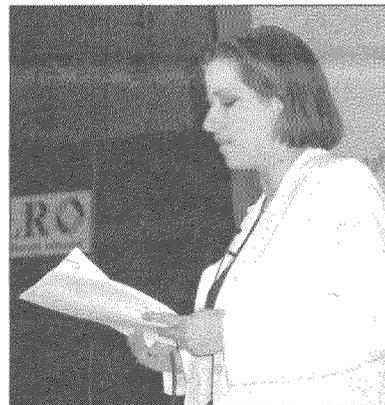
Doris Wobmann (Mitte) vom Projektteam instruierte Helferinnen und Helfer..



Parteipräsident Rolf Schweiger war stolz, über 250 FDPler aus der ganzen Schweiz begrüßen zu können.



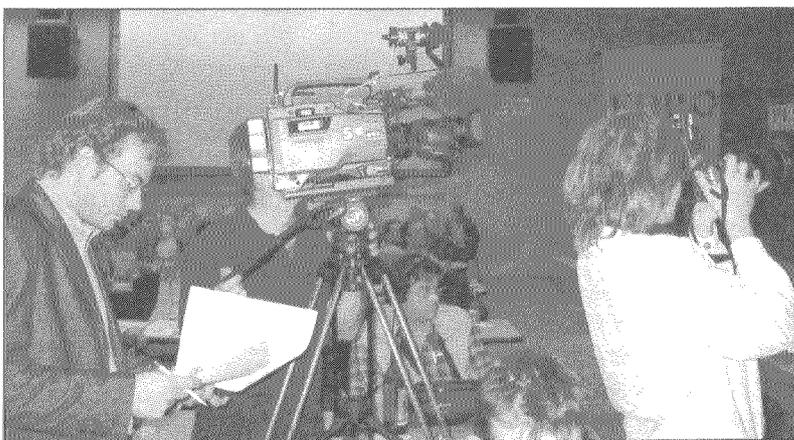
Nationalrat Ruedi Noser orientierte über den bisherigen Verlauf des Projektes «Avenir radical».



Nationalrätin Christa Markwalder stellte die einzelnen Projekte in deutscher...



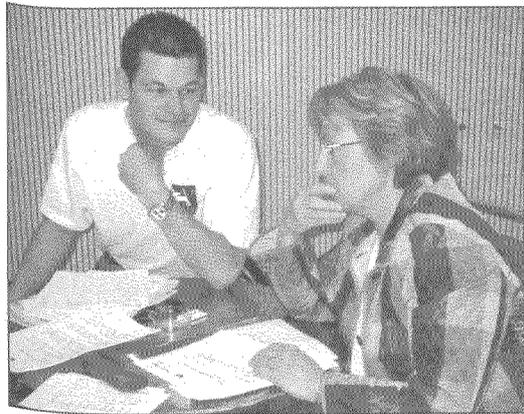
... Grossrätin Isabelle Moret in französischer Sprache vor.



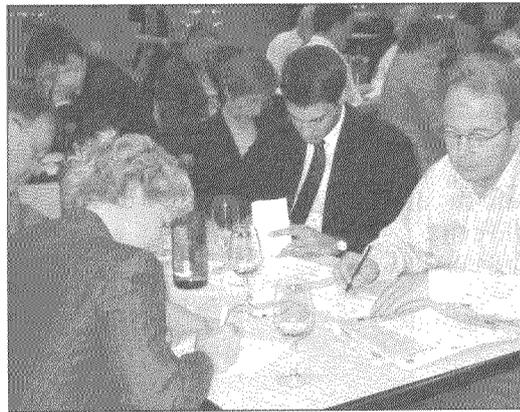
Die verschiedenen TV-Sender waren an «Avenir radical» gleich interessiert wie die zahlreichen Redaktoren der Printmedien.



Ständerätin Christiane Langenberger ist nach wie vor sehr am Geschehen der FDP interessiert.



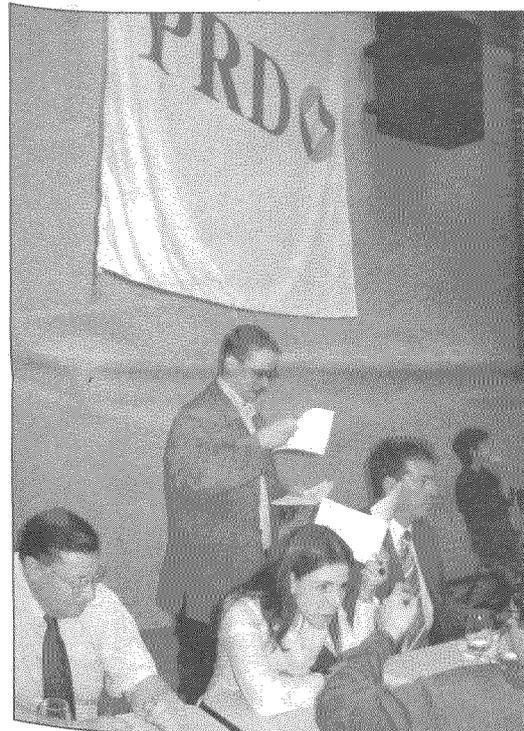
Ständerätin Françoise Saudan (GE) tauschte sich bei der Bewertung mit einem Jungfreisinnigen aus...



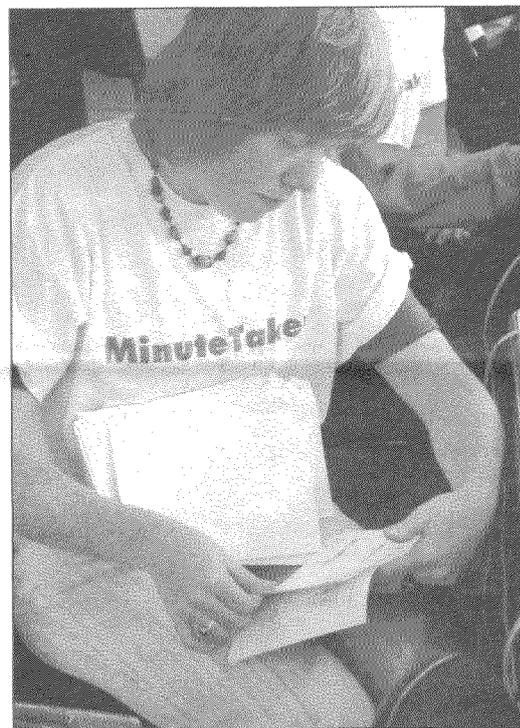
... während am Aargauer Tisch die Beurteilungen einzeln vorgenommen wurden.



Beim Einsammeln der Bewertungsbogen setzten sich Frauen...



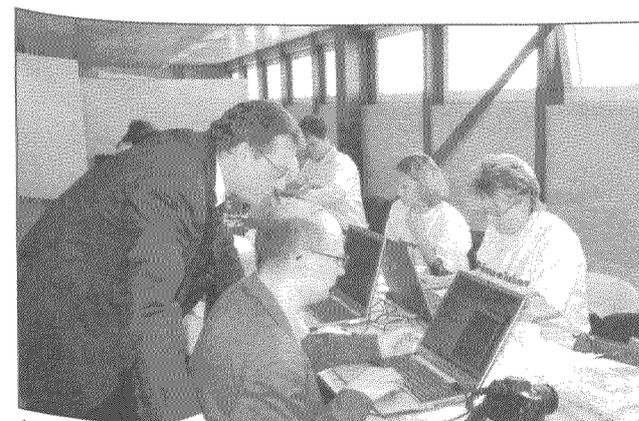
... und Jungfreisinnige gleichermassen ein.



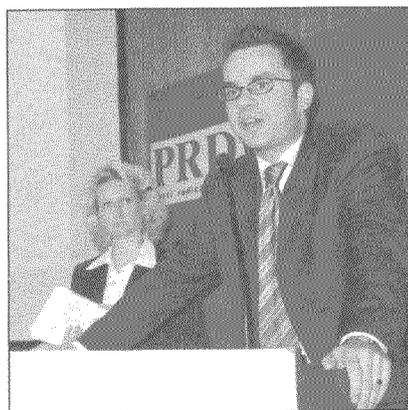
Im Hintergrund wurden die Bewertungsbogen sortiert...



... und an den 20 PCs sofort erfasst und ausgewertet.



Ungeduldig wartete Ruedi Noser auf die ersten Ergebnisse.



Generalsekretär Guido Schommer blieb es vorbehalten, die Wertung der einzelnen Themen vorzustellen.



Parteipräsident Rolf Schweiger ist zuversichtlich, dass sich die Pflanze «Avenir radical» zu einer stattlichen Sonnenblume entwickelt. Bilder: rus

Ideen werden konkret

Liberale Landsgemeinde am 12. September in Stans

Am 15. Mai 2004 wurden 28 Projekte von «Avenir radical» der Öffentlichkeit präsentiert. Über 250 Freisinnige trafen sich in Bern zur ersten Bewertung der vorgestellten Projekte. Nationalrätin Christa Markwalder (BE) und Grossrätin Isabelle Moret (VD) führten die Teilnehmenden eloquent zweisprachig und in schwungvollem Tempo durch die Präsentation. Mit einer für die Lancierung politischer Ideen einmaligen Umfragetechnik konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unmittelbar zu jedem vorgestellten Projekt ihre spontane Bewertung abgeben – lustvolles Politisieren, ohne den notwendigen Ernst zu vergessen!

Von Doris Wobmann,
Politische Sekretärin,
GS FDP Schweiz, Bern

Am 15. Mai wurde die erste Projektauswahl von «Avenir radical» in Bern der Öffentlichkeit präsentiert. Die gut 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer – Freisinnige aus allen Landesteilen – konnten 28 konkret formulierte Projekte beurteilen und unmittelbar vor Ort «benoten».

Die «Top 5» der präsentierten Projekte: 1. Schulharmonie, 2. Arbeit VOR Sozialleistungen, 3. Gerechte Steuern, 4. Destination Wettbewerb, 5. Subventionsabbau (alle Projekte und ihre Bewertung finden Sie auf www.avenir-radical.ch).

Wir zählen auf Sie

Gestützt auf die Bewertungsergebnisse vom 15. Mai hat die Geschäftsleitung der FDP Schweiz diejenigen Projekte ausgewählt und ausformuliert, die ab Mitte Juni 2004 unseren Kantonal- und Ortsparteien sowie allen interessierten Freisinnigen zur

Vernehmlassung unterbreitet werden. Die Projekte werden in gedruckter Form («Broschüre») einem breiten Adressatenkreis direkt zugestellt sowie gleichzeitig auf Internet (www.avenir-radical.ch) verfügbar sein. Zudem werden die Broschüre und das Vernehmlassungsverfahren am 21. Juni 2004 an einer Medienkonferenz in Bern der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Vernehmlassung dauert bis Mitte August.

Die Teilnahme an der Vernehmlassung erfolgt primär über das Internet. Auch hier beschreitet die FDP einen innovativen Weg, um möglichst alle Freisinnigen an der Basis zu erreichen und ihre Meinung zu erhalten. Wir freuen uns auch in dieser weiteren Phase von «Avenir radical» auf Ihre aktive Mitwirkung.

Wichtig – Richtig – Freisinnig!

Nach Abschluss der Vernehmlassung und ihrer Auswertung findet am 12. September 2004 in



Landsgemeinde Stans

Bild: Reuters

Stans die erste Liberale Landsgemeinde statt. Im Rahmen dieser Landsgemeinde werden schliesslich diejenigen Projekte

ausgewählt, die als nationale freisinnige Projekte in den Folgejahren politisch umgesetzt und realisiert werden sollen.

Über den Stand der Vernehmlassung und zur Liberalen Landsgemeinde erfahren Sie mehr im nächsten «Freisinn»!

Frauen- und unternehmerfreundlich

Ja zum Mutterschaftsurlaub ist KMU-Politik

Der Umstand, dass das Arbeitsgesetz den im Arbeitsleben stehenden Müttern nach der Geburt ihres Kindes ein achtwöchiges Arbeitsverbot auferlegt, ohne dass ihnen in jedem Falle eine entsprechend lange Lohnfortzahlungsgarantie zusteht, stösst immer mehr auf Unverständnis.

Von Nationalrat Werner Messmer, Sulgen TG



Werner Messmer

Heute ist die Lohnfortzahlung der Mutterschaft im OR geregelt. Nach geltendem Recht haben Arbeitnehmerinnen, die wegen Krankheit, Unfall, Schwangerschaft, Niederkunft oder aus ähnlichen Gründen nicht arbeiten können, Anspruch auf ihren Lohn während einer bestimmten Anzahl Wochen. Bei der Geburt eines Kindes hängt die Dauer der Lohnzahlungspflicht von den Dienstjahren ab, also: Je höher das Dienstalter, desto länger dauert dieser Anspruch. Dabei werden im heutigen System die verursachten Kosten gänzlich von den Arbeitgebern getragen. Daraus ergibt sich der logische, betriebswirtschaftlich verständliche Anreiz, möglichst wenige Frauen anzustellen, bei denen die Auszahlung von Mutterschaftsleistungen absehbar ist. Eine diesbezügliche Untersuchung in KMU-Betrieben des SECO im Jahre 2001 hat diese Vermutung bestätigt. Betriebe haben of-

fen zugegeben, dass oben erwähnte Überlegungen bei der Anstellung von jüngeren Frauen ein massgebliches Kriterium ist. Diese These wird im gleichen Bericht durch die Tatsache gestärkt, dass die Arbeitslosenquote der Frauen auf das Alter hin, in dem heute das erste Kind am häufigsten geboren wird (28–30), stark ansteigt und erst ab 40 Jahren wieder sinkt. Viele kleinere Betriebe haben dabei die Erwartung geäussert, dass eine paritätisch von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragene, über eine Sozialversicherung laufende Lohnfortzahlung dem finanziellen Teil des Problems Abhilfe schaffen könne.

Chance für die Frauen

Die zur Abstimmung kommende EO-Lösung kann also durchaus den Anreiz vergrössern, Frauen unter 30 anzustellen. Denn im Gegensatz zur OR-Lösung müssten die Betriebe die EO-Beiträge unabhängig davon entrichten, ob sie nun viele oder wenige jüngere Frauen beschäftigen. Rund 80% der befragten Betriebe sprachen sich für eine von der Anzahl Dienstjahren unabhängige Lösung aus, denn bei der heute geforderten Flexibilität am Arbeitsmarkt ist ein Zusammenhang zwischen Betriebstreue und finanzieller Absicherung bei Mutterschaft nicht mehr zeitgemäss.

Obwohl es um die Lösung eines gesamtgesellschaftlichen Problems geht und nicht um branchenspezifische Anliegen, haben heute doch jene Branchen den Hauptanteil der Kosten für Mutterschaftsurlaube zu tragen, welche überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigen. Mit der Revision der Erwerbsersatzordnung wird sich dies glücklicherweise ändern. Einerseits haben sich in Zukunft auch die Arbeitnehmenden mit 50% an der Finanzierung zu beteiligen. Andererseits werden die Kosten für Mutterschaftsurlaube gerechter auf die ganze Wirtschaft verteilt. Branchen mit einem hohen Frauenanteil kommen in den Genuss einer zum Teil markanten Entlastung, ohne dass die typischen Männerbranchen im Endeffekt stärker belastet werden, können diese doch spürbar von der Erhöhung der Grundentschädigungen bei unseren Dienstleistenden profitieren.

KMU sind für EO-Lösung

Nach Umsetzung der revidierten Erwerbsersatzordnung werden sich die Aufwendungen für die Mutterschaftsentschädigung für sämtliche Betriebe auf 0,08% der Lohnsumme belaufen. Vergleicht man mit heute (Coiffeure 0,51%; Uhrenindustrie 0,25%; Detailhandel 0,24%; Banken 0,23%, Gastgewerbe, Hotellerie 0,15% usw.), so erstaunt es nicht, dass sich

die KMU vorwiegend für eine EO-Lösung aussprechen, denn sie gehören zu den Hauptgewinnern dieser Lösung. Selbst das Baugewerbe mit einer Belastung von heute lediglich 0,01% fährt nicht schlechter, da durch die Erhöhung der Rekrutenentschädigung und der EO-Grundentschädigung die brancheninternen Beiträge in die Militärdienstkassa entfallen.

Nicht zuletzt sind unsere KMU immer mehr interkantonal tätig. Eine Ablehnung dieser EO-Vorlage hätte unweigerlich die Zunahme kantonaler Einzellösungen zur Folge. Ein solcher Wildwuchs käme unsere Wirtschaft mit Sicherheit teurer zu stehen und hätte insbesondere den Nachteil, dass der Vollzug für all jene Unternehmen mit Filialen in mehreren Kantonen wesentlich aufwendiger wäre, also wieder mehr Bürokratie.

Lassen wir uns von niemandem einschüchtern: Diese EO-Revision ist weder eine Zwängerei, noch werden neue Sozialleistungen oder sogar eine neue Versicherung erfunden. Die geringe Anhebung der EO-Beiträge ist durch das erreichbare Ziel längstens gerechtfertigt. Wachstums-, Gesellschafts- und Familienpolitik ist auch KMU-Politik und verdient darum Taten und nicht nur schöne Worte. Also Ja zur EO-Revision. ■

Frauenquote: ein bürgerliches Tabu?

Plädoyer für die Enttabuisierung der Frauenquote

Die eidgenössischen Wahlen vom 19. Oktober und erst recht der 10. Dezember 2003 haben die Diskussion um Frauenquoten wieder neu entfacht. Ich meine, gerade wir bürgerlichen Frauen dürfen uns der Diskussion nicht einfach verschliessen, sondern müssen heute zumindest laut über Quoten nachdenken.

Von Regierungsrätin
Marianne Dürst-Kundert,
Präsidentin der FDP-
Frauen Schweiz



Marianne Dürst

Natürlich ist «Frausein» noch kein politisches Programm. «Mannsein» ja übrigens auch nicht. Es behauptet auch niemand, Frauen machten eine bessere Politik als Männer. Ziel muss es sein, eine ausgewogene Vertretung beider Geschlechter im politischen Alltag zu realisieren. Doch davon sind wir heute auf vielen politischen Gremien aller Stufen leider noch weit entfernt.

Cherchez la femme

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die Partizipation von Frauen in der Politik zu steigern. Die Einführung von Quoten ist eine von mehreren Möglichkeiten. Es lohnt sich also, über die Einführung von Geschlechterquoten laut nachzudenken, gerade bei uns Bürgerlichen. Wussten Sie, dass die Geschäftsleitung der FDP

Schweiz bereits im Jahre 1992 ein Frauenförderungskonzept verabschiedet hat? Unter dem Titel «Frauenförderung ist Parteiförderung: Cherchez la femme!» wurde festgehalten, die Diskussion um die Quoten sei zu enttabuisieren und voranzutreiben. Doch davon war zumindest in den letzten Jahren mit Ausnahme dezidiert Ablehnung wenig zu spüren.

«Quotenmänner» kein Problem

Von vielen Frauen ist – nicht zu unrecht – häufig die Aussage zu hören «ich will keine Quotenfrau sein». Es stellt sich die

Frage, ob Frauen nicht – einmal mehr – einen strengeren Massstab an sich, als an andere (insbesondere Männer) legen. Doch wie fühlt sich der freisinnige Berner Regierungsrat Mario Annoni? Bei genauerer Betrachtung ist er ein «Quotenmann». Er hat den dem Berner Jura garantierten Sitz in der Kantonsregierung inne. Und das ist gut so.

Wie fühlen sich die Nationalräte der Kantone Obwalden und Appenzell Innerrhoden? Spinnt man den Faden etwas weiter, sind auch sie eigentliche «Quotenvertreter». Bei den Nationalratswahlen erhält jeder Kanton entsprechend der Grösse seiner Wohnbevölkerung eine bestimmte Sitzzahl in der 200-köpfigen Kammer. Pro Sitz ist also ein Zweihundertstel der Wohnbevölkerung in der Schweiz notwendig (rund 35 000 Einwohner). Mit dem Argument, dass der Nationalrat eine Volkskammer ist, könnte man Kantone mit weniger als 35 000 Einwohnern aus der grossen Kammer kippen, für die Kantonsrepräsentation gibt es ja den Ständerat. Aber mit der Quotierung der Sitze haben auch sie das Recht auf eine Vertretung im Nationalrat. Und auch das ist gut so.

Land der Quoten

Die Schweiz ist das klassische Land der Quoten. Sprachregionen sind zu berücksichtigen, Parteizugehörigkeit und Herkunft.

Selbst die Kantonsklausel bei den Bundesratswahlen spielt noch, auch wenn sie formell abgeschafft wurde. Weshalb nur sind Frauenquoten ein Tabu?

Es ist eine politische Frage, welche Bevölkerungsgruppen einen festen Anspruch auf Repräsentation haben sollen. Die Vertretung von Gebietseinheiten, Sprachregionen und Parteien ist ein kaum je wirklich angezweifelt Repräsentationsprinzip. Das hat mit unserer Konkordanzdemokratie und dem Föderalismus zu tun. Erinnern Sie sich an die Zaubermeldediskussion bei den Bundesratswahlen? Ist auch Christoph Blocher ein «Quotenmann»? Weshalb ist es kein Beitrag an den politischen Zusammenhalt in unserem Land, wenn Frauen im Bundesrat, im National- und Ständerat, in politischen Gremien überhaupt, angemessen vertreten sind?

Sachliche Auseinandersetzung

Ganz im Sinne von FDP-Alt-Nationalrat und dem vor-maligen Präsidenten der Staatspolitischen Kommission, Charles-Albert Antille, wäre beispielsweise die Einführung von Quoten als zeitlich begrenzte Massnahme zu prüfen (service de presse, PRD N° 3/22 Januar 2004). Nutzen wir die Chance. Stellen wir uns also der sachlichen Diskussion. Prüfen und vertiefen wir gleichermaßen die Möglichkeiten und Risiken von Frauenquoten.

Es gibt grundsätzlich zwei Arten von Geschlechterquoten in politischen Behörden: Zum einen die «angebotsorientierten» bei den Kandidierenden (Listenquoten/Quote für Wahlvorschläge). Diese werden entweder von den Parteien selber eingeführt oder könnten den Parteien auch vorgeschrieben werden. Im Zusammenhang mit der Quoteninitiative vom 12. März 2000 hat das Bundesamt für Statistik übrigens festgestellt, dass mit einer Quote von 33% auf den Wahllisten kein bedeutender Einschnitt in die bisherige Praxis erfolgen würde. Nehme man alle Kandidaturen, so erfülle bereits jetzt der Grossteil der Parteien das Kriterium (SPS, Grüne, LdU und EVP in fast allen Kantonen; FDP, CVP und LPS auf gut jeder zweiten Liste; SVP und SD auf jeder vierten Liste). Um wenigstens Informationen über die Wirksamkeit einer Massnahme wie des Mindestanteils von Kandidatinnen auf Wahllisten zu erhalten, wäre eine Diskussion über die Einführung einer Listenquote von 50% zu begrüssen. Zum anderen gibt es die «ergebnisorientierten» Geschlechterquoten. Diese schreiben eine Quote bei den Gewählten vor (Zielquote/Ergebnisquote). Geschlechterquoten bei den Gewählten sind das tauglichste Mittel, Frauen eine angemessene Vertretung in Behörden zu garantieren.

Erfolg und Niederlage

«Der Erfolg besteht manchmal in der Kunst,
das für sich zu behalten, was man nicht weiss.»

Sir Peter Ustinov, englischer Schauspieler (geb. 1921)

Von bekannten und von neuen Gesichtern

Die Delegierten der FDP-Frauen Schweiz

Die FDP-Frauen Schweiz verfügen über insgesamt sieben Delegiertenstimmen. In dieser und den kommenden Nummern des Freisinns werden die zu den «Frauen-Stimmen» gehörenden Gesichter vorgestellt. Neben bekannten finden sich auch neue Köpfe unter den Lobbyistinnen der freisinnigen Frauengruppierungen.

Von Barbara Perriard,
Beauftragte für
Kommunikation und
Strategie der FDP-Frauen
Schweiz

Die FDP-Frauen Schweiz verfügen gestützt auf die revidierten Statuten der FDP Schweiz über insgesamt acht Delegiertenstimmen. Neben der amtierenden Präsidentin der FDP-Frauen, Regierungsrätin Marianne Dürst-Kundert (GL), vertreten elf weitere von der Frauen-Geschäftsleitung ernannte Delegierte respektive Ersatzdelegierte direkt die Interessen der FDP-Frauen auf nationaler Ebene. Neben bewährten und bekannten Köpfen wie der langjährigen Sekretärin der FDP-Frauen Schweiz Alice Disch (GL), dem ehemaligen Geschäftsleitungsmitglied Betty Fahrni-Jones (TG) oder der vormaligen Schwyzer Kantonalsekretärin und heutigen Vizepräsidentin der FDP-Frauen Schweiz, Irene Thalmann (SZ), finden sich unter den Delegierten auch neue Ge-



**Regula Ruetz
(Basel, BS),
Ersatzdelegierte**

- Inhaberin einer Agentur für PR und Design
- Präsidentin der FDP-Frauen Basel-Stadt
- Meine persönlichen politischen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Bildung, Familienpolitik und Sozialpolitik. Im Weiteren engagiere ich mich in der Finanz- und Verkehrspolitik.

sichter. In loser Folge werden die «Lobbyistinnen der Frauen» in dieser und den nächsten Nummern des Freisinns kurz porträtiert. Den Anfang machen Barbara Angelsberger (ZH), Madeleine Portmann (SO), Regula Ruetz (BS) und Irene Thalmann (SZ). In den nächsten Nummern folgen: Marianne Dürst-Kundert (GL), Alice Disch-Zimmermann (GL), Florence Peiry (VD), Betty Fahrni-Jones (TG), Regina Ammann Schoch (AG), Karin Ruckli (LU) sowie Irène Grolimund-Rothmayr. ■



**Barbara
Angelsberger
(Urdorf, ZH),
Delegierte**

- Präsidentin der FDP-Frauen Kanton Zürich, Präsidentin der FDP Ortspartei Schlieren, Mitglied der Geschäftsleitung der FDP-Frauen Schweiz
- Ich engagiere mich für eine klare, eigenständige und transparente Politik. Für brauchbare Lösungsansätze aller politischen Probleme, bürgernah und konstant. Ich setze mich dafür ein, dass die Freiheit eines jeden einzelnen Bürgers respektiert und die Eigeninitiative gefördert wird. Eigenverantwortung soll sich lohnen. Mein Ziel ist eine moderne Gesellschaftspolitik. Gleichberechtigung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Recht auf Bildung für jedermann sind mir ein grosses Anliegen. Chancengleichheit für alle und die Möglichkeit, das Leben frei in eigener Verantwortung gestalten zu können, das ist mein liberales Credo.



**Irene Thalmann
(Wilten, SZ),
Delegierte**

- Vizepräsidentin der FDP-Frauen Schweiz, Gründungspräsidentin der FDP-Frauen Schwyz
- Die Prioritäten meiner politischen Arbeit liegen in den Dossiers Bildungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik. Ich kämpfe für familienfreundliche Schulstrukturen. Ausserdem ist alles daran zu setzen, dass Familien nicht mit noch mehr Steuern und Abgaben belastet werden. Zentral ist für mich auch eine gute Zusammenarbeit mit der gewachsenen EU – getreu der friesischen Volksweisheit: Eine Insel sollte sich nicht das Meer zum Feind machen.



**Madeleine Portmann
(Olten, SO),
Delegierte**

- Mitglied der FDP-Frauen Schweiz, Revisorin der FDP-Frauen Schweiz
- Mein politisches Engagement gilt der Förderung von Eigeninitiative und Eigenverantwortung – und zwar in persönlichen wie öffentlichen Bereichen. Ziel ist die Verwirklichung der faktischen Gleichstellung von Mann und Frau. Dazu braucht es neben der Förderung der Chancengleichheit durch Ausbildung unter anderem auch eine Verbesserung der Strukturen der Kinder-(früh)erziehung sowie ein breiteres Angebot an Tagesschulen.

Auch Demonstrieren muss gelernt sein

Wenn bürgerliche Jungparteien in Bern auf die Strasse gehen

Es muss doch einiges im Argen liegen, damit sich bürgerliche Jungpolitiker an einem freien Samstagnachmittag zwecks einer Demonstration auf die Strasse wagen. So am vergangenen 1. Mai: In Sorge um der Schweiz wichtigstes Sozialwerk haben sich Vertreter der jungfreisinnigen Schweiz und der JSVP Schweiz in Bern getroffen, um sich für ein Ja zur 11. AHV-Revision stark zu machen und daneben ebenso die Werbetrommel für das Steuerpaket zu rühren.

Von Nicole Mittner,
Vorstandsmitglied
jungfreisinnige Schweiz,
Tobel TG

Obwohl – oder gerade weil – der 1. Mai ein traditionell linker Tag ist, war es den bürgerlichen Jungparteien ein Anliegen, an einem solchen Anlass für ihre Anliegen zu werben.

Es geht auch, ohne Sprüche zu skandieren

Dies sollte der Bevölkerung und den Medien zeigen, dass nicht alle Jugendlichen hinter den von linker Seite skandierten Slogans stehen können. Vielmehr wollten alle anwesenden Jungpolitiker getreu dem Motto «Probleme lösen, statt Realitäten verweigern» zum Gelingen der Abstimmung zur 11. AHV-Revision beitragen. Dass es dann leider doch nicht geklappt hat, wird hoffentlich nicht an unserem Einsatz gelegen haben.

Auch Demonstrieren will gelernt sein

Es zeigte sich schon ganz am Anfang, dass sowohl Jungfreisinnige als auch die Junge SVP wenig Erfahrung mit solchen Demons-

trationszügen haben. Demo-Plakate hatte weder die eine noch die andere Jungpartei je gebastelt, und auch die Sache mit dem Sprüchekandieren hielt sich eher in bescheidenen Grenzen... Dafür durften die anwesenden bürgerlichen Jungpolitiker auf die grosse und «herzliche» Unterstützung durch die Jusos zählen, trugen sie doch als Jungfreisinnige verkleidet zum positiven Bild der Kundgebung bei – jedenfalls was die Anzahl der anwesenden Jugendlichen betraf. Dass der ganze Anlass dennoch friedlich verlaufen ist, ist sicher der auf beiden Seiten vorhandenen Toleranz zu verdanken.

Christa Markwalders Ja zur AHV-Revision

Natürlich durften auch «Kampfesreden» von verschiedenen Exponenten

der jfs und der JSVP nicht fehlen. So rief Nationalrätin Christa Markwalder dazu auf, der 11. AHV-Revision zuzustimmen, um den Jungen ein kurzes Aufatmen in der Rentenfinanzierung zu gewähren und die Solidarität zwischen Jung und Alt für das nächste Jahrzehnt zu sichern. jfs-Präsident Daniel Helfenfinger machte die Anwesenden darauf aufmerksam, dass die Hälfte der Jugendlichen nicht mehr an die Zukunft der AHV glaube. Dabei müsse gerade die Jugend schon mit dem Schuldenberg eine schlechte Erbschaft übernehmen. Dass die Gleichstellung von Mann und Frau nicht bei der Besserstellung der Frau aufhöre, war JSVP-Vizepräsidentin Désirée Stutz ein Anliegen. Die jungen Frauen würden auch ihre Solidarität leben wollen und seien deshalb bereit, ihren Beitrag an das Solidaritätswerk AHV zu leisten. Pirmin Müller schliesslich, Präsident der JSVP Luzern, forderte die Anwesenden auf, für das Steuerpaket zu kämpfen und damit für die Schweiz und für das Wohl ihrer Bürger. Jeder Einzelne habe einzustehen für mehr Ei-



Was Gretchen nicht lernt...

genverantwortung und weniger Staat.

Übung macht den Meister

Zwischen den Reden durften die jfs und die JSVP Schweiz auf die Unterstützung von DJ Mind-X zählen, der die Veranstaltung mit seinen Musikeinlagen etwas aufgepeppt hat. Dass Mia Aegerter trotz Zusage dann doch nicht aufgetreten ist – wegen einem mul-

migen Gefühl im Bauch –, wird an dieser Stelle im Interesse der Künstlerin totgeschwiegen. Auch ohne sie wurde die Kundgebung zu einem – wenn auch etwas bescheidenen – Erfolg der Jungparteien, hat dieser Anlass doch gezeigt, dass auch Bürgerliche auf die Strasse gehen können. Übung macht den Meister!



Dank der Jusos hatte es Tafeln und Transparente an der Demo.



Eine Gruppe der «unbewaffneten» jungfreisinnigen Demonstrationsteilnehmer. Textautorin Nicole Mittner (2. v. r.).

Ein Fest der Demokratie

Glarner Landsgemeinde aus der Sicht eines deutschen Jungliberalen

Nahezu jede liberale Partei auf der Welt unterhält eine Jugendorganisation. Ein Grossteil ist im Dachverband IFLRY – International Federation of liberal Youth (Internationale Föderation der liberalen Jugend) organisiert.

Von Frederik Ferié,
International Officer
der JuLis Deutschland

Das so gebildete Netzwerk wird von jungen Politikern nicht nur dazu genutzt, sich über unterschiedliche Wertvorstellungen zu unterhalten und eine freie Welt einzusetzen, sondern bietet auch die einmalige Chance, politische Kultur anderer Länder kennen zu lernen. Besondere Gelegenheit dazu bietet sich, wenn auf internationaler Ebene Kontakte geknüpft werden und Partnerorganisationen sich gegenseitig besuchen. Dort kann hautnah miterlebt werden, wie in anderen Ländern Politik gemacht wird.

Als «International Officer» der deutschen FDP freute es mich sehr, anlässlich des 28. Bundeskongresses in Magdeburg im März eine Delegation der Schweizer Jungfreisinnigen begrüßen zu dürfen. Noch mehr erfreute die Tatsache, dass uns die beiden Mitglieder des Bundesvorstandes der jfs, Michael Steiner und Armin Camenzind, zur Landsgemeinde 2004 nach Glarus einluden. Obwohl das Konzept



Glarner Landsgemeinde.

der Landsgemeinde für uns in Deutschland weitgehend unbekannt ist, wurde unser Interesse durch Armin und Michael sehr schnell geweckt. Es war eine eindruckliche Gelegenheit, die Demokratie so direkt mitzuerleben. Die Tatsache, dass die Glarner Jungfreisinnigen ein interessantes Rahmenprogramm planten, machte die ganze Sache noch attraktiver.

Vorbereitung auf die Landsgemeinde

Pünktlich erreichten wir vier Jungliberalen den Treffpunkt am Glarner Bahnhof, wo es direkt zum ersten Programmpunkt ging. Zusammen mit den anderen Gästen aus Grossbritannien und Österreich machten wir uns daran, den Landesplattenberg in Engi zu besteigen.

Glücklicherweise ging der Aufstieg nur bis zum alten Schieferbergwerk und nicht in die höheren Schneeregionen. Die Luft wurde merklich kühler und dünner. Norddeutsche und Briten sind halt nicht wirklich an grössere Höhen gewöhnt. Nachdem wir von unserem Guide sachkundig in die Geschichte der Gegend im Allgemeinen und den Schieferabbau im Speziellen eingeführt worden waren, machten wir uns wieder auf ins Tal zu unserer Herberge für die Nacht. Es war eine urgemütliche Hütte der lokalen Pfadis. Zusammen mit den weiteren Jungfreisinnigen, die nach und nach von Maidemonstrationen in Bern und Zürich eintrafen, stärkten wir uns dann erst einmal beim BBQ. Später wurden wir dann noch ausführlich von den Jungfrei-

sinnigen in die Besonderheiten einer Landsgemeinde eingeführt. Ein Verzeichnis mit typischen Glarner Ausdrücken half uns am nächsten Tag wohl einiges, um die behandelten Traktanden besser zu verstehen.

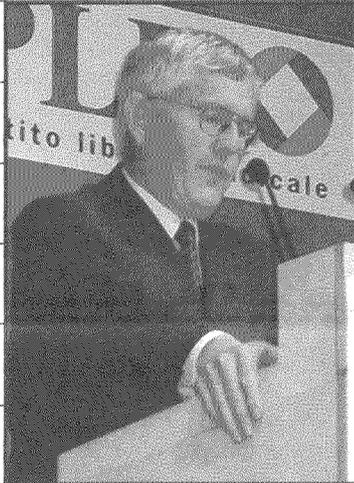
Die Landsgemeinde

Um pünktlich zum Beginn der Landsgemeinde in Glarus zu sein, ging es am nächsten Morgen schon früh los. Das zeitige Aufstehen hatte eindeutige Vorteile: Direkt nach unserem Eintreffen begann das offizielle Zeremoniell mit dem Einzug der Regierung, dem Landrat und der geladenen Gäste in den Landsgemeindering. Verglichen mit dem Landtag in Niedersachsen wirklich ein denkwürdiger Auftritt. Unser Ministerpräsident mit einem Schwert in der Hand! Un-

vorstellbar! Am Landsgemeindering teilten wir uns in kleinere Gruppen auf. So konnten wir ungehindert dem Programm beiwohnen. Bei jeglichen Fragen war sofort ein sachkundiger Glarner Jungfreisinniger zur Hand. Da wir als Nicht-Glarner den Landsgemeindering nicht betreten durften, zogen wir JuLis und einige Jungfreisinnige es vor, das Geschehen von den Fenstern des direkt am Platz gelegenen Schulgebäudes zu verfolgen. – Eindrücklich war, wie sich während der ganzen Landsgemeinde die ca. 8000 anwesenden Glarner am Geschehen beteiligten. Die mitgebrachten Kinder werden direkt daran gewöhnt, als freier Bürger in einer direkten Demokratie unmittelbar mitgestalten zu können. Der fröhliche Charakter der Landsgemeinde war für uns Deutsche ein Fest der Demokratie. Und das schon seit fast 650 Jahren. Daneben wirkt unsere eigene demokratische Geschichte recht kurz. Im Namen der Jungen Liberalen danken wir für die herzliche Einladung und die Erfahrungen, die wir machen durften. Mein besonderer Dank gilt den Organisatoren von den Glarner Jungfreisinnigen. Wir hoffen, dass wir auch in Zukunft weiterhin regen Kontakt haben, und freuen uns auf den Besuch einer Schweizer Delegation bei unserem Bundeskongress in Lübeck im Herbst. ■

Zukunft gestalten statt ängstlich verharren

F	D	P	oft auch ein Redner dieser Präsident	1	unpolit. Melkobjekt englische Glocken	allenfalls im gekürzten Fremdwort	Dorf am Bodensee kleine Nachschrift	höfliche Anrede eine aus d. Romandie	in der Sache Metall aus der Erde	4
D	Hochschul-ausbildung mit neuen Anreizen	finanzielle Staatskrücken abbauen								
P					3 Schweizer Dramatiker 1840-1910	FDP fordert dafür ein neues System		2		
logisch erforschte Seele		ganze Stange Geld mit 6 Nullen	hie und da ein Treffer fließt zum Neckar			fortissimo in der Partitur	Rotary International	FDP-Ziel: gleiche Schul-systeme	steckt im griech. Alphabet	
Natur, der FDP nicht gleichgültig						hoch oben am Dach u. in Grindelwald				unloyal bis ehebrecherisch
abschaffen und Freiwilligenarmee?							5			Altersrente von jener d. Lebens abhängig
	7									
Schweizer-system statt Berufs-armee			8 dieses Ge-schriebene braucht auch Taten						6	
Schweizer Maler Ende in Lausanne	Fluss u. See i. Schweden Troja nach Homer									11
			Filippo als spanischer Kronprinz							
englisches Leben		schadet frühen Traubenblüten	13					frisst auch Eisen rot b. heißen Köpfen		
				bunter Vogel aus Süd-amerika	Bergwild in alter Schreibart	16 hinterher oder etwas später	auch ein Grosi oft Wackel-Sitz			15 Einsteins Mono-gramm
										9
z.B. der Nationalrat Abend für Couchepin					harte Wände gabs vor der DM					10
schwimmt oft auch in Zeitungen	FDP Spar-aktion als Kässeli									
		14								
			fehlt im politischen feig							
								gehört zu d. altägyptischen Göttinnen		12



Ein persönlich signiertes Buch unseres ehemaligen Bundesrates Kaspar Villiger.

Gewinnen Sie ein Buch mit 37 der über 1200 Reden, die alt Bundesrat Kaspar Villiger während seiner Jahre in der Landesregierung gehalten hat. Sie sind nun unter dem Titel «Zukunft gestalten statt ängstlich verharren» in Buchform erschienen.

So machen Sie mit: Schreiben Sie bis zum 14. Juni 2004 eine Postkarte mit dem Lösungswort und Ihrer Adresse an:

Generalsekretariat FDP
z. H. Ruedi Schläpfer
Postfach 6136
3001 Bern

Die Gewinnerinnen und Gewinner dieser drei Bücher werden ausgelost und persönlich benachrichtigt.

Buchbestellung:
Sollten Sie beim obigen Wettbewerb nicht unter den Gewinnern sein, bestellen Sie dieses Buch beim
NZZ-Buchverlag
Postfach, 8021 Zürich
Fax 01 258 13 99
buch.verlag@nzz.ch

Lösungswort:

FDP	1	2	3	4	5	6	7	8	-	9	10	11	12	13	14	15	16
------------	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----

Die Post von gestern zementieren

Ideologien statt Kundeninteresse prägen die Post-Initiative

Man kommt zuweilen aus dem Staunen nicht heraus: die konsequentesten Befürworter eines Beitritts der Schweiz zur Europäischen Union entpuppen sich als die schärfsten Gegner der von der EU geschaffenen Fakten.

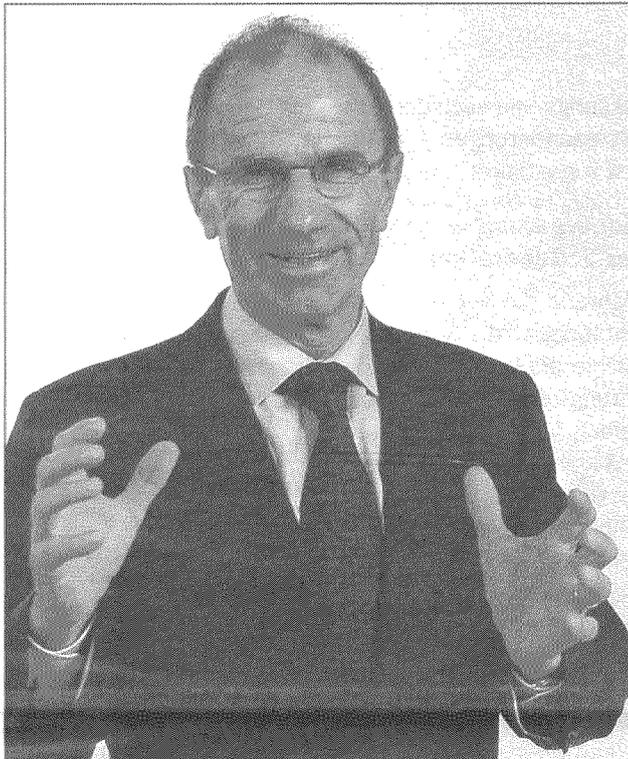
Von Nationalrat
Duri Bezzola, Schuls GR

Oder wie man mit dem Dichter Robert Gernhard reimen könnte: «Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche.» Die Initianten der Volksinitiative «Postdienste für alle», die am 26. September zur Abstimmung gelangt, rekrutieren sich aus der SP Schweiz, dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und ihren Mitgliedverbänden, KonsumentInnenenschutz-Organisationen sowie den katholischen Gewerkschaftsorganisationen.

Sie wollen die Post von gestern in eine Zukunft hinüberretten, die von den Kundinnen und Kunden der Post durch ihr Verhalten und ihre guten Noten in Umfragen zur Kundenzufriedenheit seit Jahren Lügen gestraft werden. Hinzu kommt, dass die Hauptanliegen der Initiative durch Bundesrat und Parlament in Gesetz und Verordnung bereits weitgehend erfüllt worden sind.

Die Initiative

Die Initianten wollen eine Grundversorgung mit Post-



Duri Bezzola

diensten in der Verfassung verankern. Das steht als Auftrag des Bundes bereits heute in der Verfassung. Sie wollen weiter ein flächendeckendes Poststellennetz verfassungsmässig zementieren. Das steht bereits im Postgesetz in Artikel 2 Absatz 3: «Die Post betreibt landesweit ein flächendeckendes Poststellennetz», heisst es dort u. a. Ein Mitspracherecht, das die Gemeinden laut geltender Postverordnung (Artikel 7) bereits haben, soll ebenfalls im schweizerischen Grundgesetz niedergeschrieben werden. Schliesslich soll mit der Initiative eine verfassungsmässige Defizitgarantie für die Post verankert werden. Hier liegt die grösste Crux der Initiative,

indem mit diesem Absatz 4 von Artikel 92 der Bundesverfassung erstmals das Postmonopol in der Verfassung verankert werden soll. Anders die Europäische Union, die heute schon die Monopolgrenze bei 100 Gramm festgelegt hat und sie 2006 weiter auf 50 Gramm senken will, während die Schweiz noch immer bei einem Monopol von 1 Kilogramm für adressierte Sendungen verharrt.

Ausgewogene schweizerische Postliberalisierung

Bundesrat und Parlament haben in ihren Entscheidungen zur Postversorgung in der Schweiz bis zum heutigen Tag mit Augenmass entschieden. Schon die

heutige Bundesverfassung sagt klar, dass die Post Sache des Bundes sei, der «für eine ausreichende und preiswerte Grundversorgung» mit Postdiensten «in allen Landesgegenden» zu sorgen hat. Die Tarife seien nach einheitlichen Kriterien festzulegen. Das Parlament hat mit der Kenntnisnahme des Berichtes «Gesamtschau des Bundesrates für das Postwesen der Zukunft» sich klar für eine etappenweise Senkung der Monopolgrenze und die Annäherung an die EU-Grenze entschieden; wie zum Beispiel die Einführung der 100-Gramm-Grenze per 2006. Der Bundesrat seinerseits hat seine Vorstellungen dem Parlament unterbreitet, obschon er allein zuständig wäre für die Senkung der Monopolgrenze. In seinen Zielvorgaben für die Post verlangt der Bundesrat, dass die Post wettbewerbsfähig und innovativ sei, gleichzeitig aber einen klar definierten postalischen Service public erbringe und nach ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten auch ökologische und regionalpolitische Aspekte berücksichtige. Schliesslich ist gemäss den Zielen der Landesregierung die Post verpflichtet, eine soziale Arbeitgeberin zu sein. Angesichts dieser vorsichtigen Gangart, die auf das Wohl des Landes, der Bevölkerung und der Wirtschaft Rücksicht nimmt, ist das Aufspannen eines neuen, kostspieligen und völlig überflüssigen Sicher-

heitsnetzes auf Verfassungsebene die Zementierung der Post von gestern. Die Initiative der Sozialdemokraten und Gewerkschaften hindert die Post daran, in dieser Weise aktiv im Markt und damit im Dienste der Bevölkerung zu sein. Sie gefährdet damit ihre Zukunft. Sie gefährdet überdies die Zukunft für ein Unternehmen, das über 50 000 Menschen Arbeit und Verdienst bringt. Es ist eine grosse Verantwortung, die hier die Organisationen und die Partei der Lohnabhängigen ihren Anhängern aufbürden will.

Impressum

Schweizer Freisinn

26. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 71 160 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion:
Ruedi Schläpfer (rus).
Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail schlaepfer@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

TrisCom-Media AG
Bündtenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail
verkauf@triscom.ch
Internet www.triscom.ch

Layout/Druck

NZZ Print
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 02
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Junge Ausländerinnen und Ausländer in die Pflicht nehmen

Ja zum neuen Bürgerrecht

Im September stimmt das Schweizer Stimmvolk über die erleichterte Einbürgerung der 2. Generation und die automatische Einbürgerung der 3. Generation ab.

Von *Trix Heberlein*,
Ständerätin, Zumikon ZH



Trix Heberlein

Zur Volksabstimmung gelangen im Herbst die beiden Verfassungsänderungen. Es geht also darum, ob wir den jungen, hier geborenen oder grösstenteils hier aufgewachsenen Ausländerinnen und Ausländern ein vereinfachtes Einbürgerungsrecht zugestehen wollen. Nicht zur Debatte steht bei dieser Volksabstimmung das Beschwerderecht. Das Schweizer Stimmvolk hat bereits zweimal über eine erleichterte Einbürgerung der 2. Generation an der Urne abstimmen können. Bei der letzten Abstimmung im Jahre 1994 scheiterte die Vorlage – trotz 52,8% Zustimmung – am Ständemehr. Auch bei der folgenden Abstimmung muss nebst dem Volksmehr die Mehrheit der Kantone gewonnen werden, damit die Verfassungsänderungen als angenommen gelten. Dass wiederum eine Vorlage zur erleichterten Einbürgerung vor das Volk kommt, ist keineswegs Zwängerei, liegen doch bereits 10 Jahre zwischen den beiden Abstimmungen und hat doch das letzte Mal die Mehrheit der Bevölkerung der Vorlage zugestimmt.

Eine Folge dieses ablehnenden Entscheides war, dass mittlerweile 14 Kantone erleichterte Einbürgerungen für Ausländerinnen und Ausländer der 2. Generation kennen.

Worum geht es?

Zur Abstimmung gelangen im September lediglich die beiden Verfassungsänderungen. Das Parlament hat jedoch bereits die entsprechenden Gesetze dazu ausgearbeitet, sodass die Bevölkerung nicht nur die Verfassungsänderungen, sondern auch die entsprechenden Anpassungen auf Gesetzesstufe kennt. Diese sollten daher mit in die Diskussion einbezogen werden, auch wenn die Referendumsfrist für die Gesetzesänderungen erst nach einer allfälligen Annahme der Änderung der Bundesverfassung zu laufen beginnt. Die FDP hat im Parlament sowohl den Ver-

fassungs- wie auch den Gesetzesänderungen deutlich zugestimmt.

Einbürgerung der 2. Generation

Während der Verfassungstext lediglich die Grundlage für die erleichterte Einbürgerung der 2. Generation liefert, führt der Gesetzestext klare Regeln auf, wann ein Gesuch um erleichterte Einbürgerung gestellt werden kann. Die Gesuchsteller müssen:

- mindestens fünf Jahre der obligatorischen Schulzeit in der Schweiz absolviert haben
- seit Ende der obligatorischen Schulzeit und dem Einreichen des Gesuchs in der Schweiz gewohnt haben
- eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung besitzen
- mit den Lebensverhältnissen in der Schweiz und einer Landessprache vertraut sein
- das Gesuch zwischen dem 14. und dem 24. Lebensjahr einreichen (und unterstehen damit der Militärdienstpflicht)

Bei der erleichterten Einbürgerung der 2. Generation geht es also um junge Ausländerinnen und Ausländer, welche die Mehrzahl der obligatorischen Schulzeit in der Schweiz verbracht haben und hier integriert sind. Es ist richtig, diesen jungen Menschen das Bürgerrecht zu-

zugestehen, was natürlich auch an die Erwartung geknüpft wird, dass sie aktiv am politischen Geschehen teilhaben. Wer von der erleichterten Einbürgerung profitiert, wird im Gegenzug zum Leisten des Militärdienstes verpflichtet.

Automatische Einbürgerung der 3. Generation

Im zweiten Teil der Vorlage geht es um die automatische Einbürgerung von hier geborenen Kindern der dritten Generation. Darunter sind Kinder zu verstehen, deren Eltern

- ihre obligatorische Schulbildung während mindestens fünf Jahren in der Schweiz absolviert haben und
- im Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit mindestens fünf Jahren eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung besitzen.

Diese Kinder werden in der Schweiz aufwachsen, von Geburt an mit den Lebensgewohnheiten in der Schweiz vertraut sein und wahrscheinlich ihr ganzes Leben in der Schweiz verbringen. Es ist daher richtig, diesen Kindern das Schweizer Bürgerrecht zugestehen. Den Eltern bleibt es vorenthalten, das Schweizer Bürgerrecht für ihr Kind abzulehnen.

Weitere Anpassungen

Heute ist das Einbürgerungsverfahren je nach

Kanton sehr unterschiedlich gestaltet. Insbesondere ist das Verfahren kompliziert und bringt sehr viel Verwaltungsaufwand mit sich. Nach geltendem Gesetz müssen die Ausländerinnen und Ausländer während 12 Jahren in der Schweiz wohnhaft sein, um ein Einbürgerungsgesuch stellen zu dürfen. Diese Frist wird mit der Gesetzesänderung auf acht Jahre gesenkt. Ausserdem wird der verstärkten Mobilität Rechnung getragen, und die kantonale Wohnsitzfrist wird auf maximal drei Jahre festgesetzt. Damit findet eine gewisse Vereinheitlichung statt, ohne jedoch die Zuständigkeit der Kantone für die Einbürgerung anzutasten.

Worüber wir nicht abstimmen

Das viel diskutierte Beschwerderecht und die Frage, ob Einbürgerungsentscheide an der Urne und an Gemeindeversammlungen erlaubt sind, ist nicht Gegenstand dieser Vorlage. Diese Frage ist noch nicht geklärt und wird momentan in einer Kommission im Parlament behandelt.

Das Beschwerderecht wird uns erst in einer nächsten Vorlage beschäftigen, mit der bevorstehenden Abstimmung darf es nicht vermischt werden. Es liegt auch im Interesse der hier aufgewachsenen und integrierten jungen Ausländerinnen und Ausländer, dass wir diese beiden getrennten Bereiche nicht miteinander vermischen. ■



WER SICH EINE SUPPE EINBRÖCKT...

Karikatur Andreas Töns

Architektur und Osterweiterung
 Leserreise FDP-Zeitung
 vom 15. – 19. Oktober 2004

BERLINREISE BERLIN

Seit dem Fall der Mauer hat Berlin wie keine zweite europäische Stadt Veränderungen in ihrer Bausubstanz erfahren. An diesen Veränderungen lässt sich viel Geschichtliches ablesen.

Die FDP-Leserreise ist gespickt mit Höhepunkten, die Sie exklusiv mit uns erleben und in keinem Reisebüro buchen können. Darunter die Begegnung mit einem ausgewanderten

Schweizer Architekten, ein Treffen mit Schweizern, welche die Interessen unseres Landes vertreten, die Führung in der neuen Reichstag-Glaskuppel, ein Abstecher in die Kriegsbunker der Unterwelt beim Alexanderplatz, der historische Spaziergang entlang der ehemaligen Berliner Mauer, eine Fahrt mit den legendären Trabis, das Zusammenreffen mit einem deutschen FDP-Politiker und ein Wirtschaftsabend.

Das Reiseprogramm

1. Tag

Flug mit Swiss am späten Nachmittag von Zürich nach Berlin. Transfer ins gut gelegene 4*-Hotel und Dinner in einer spannenden «Berliner Kneipe».

2. Tag

Wir sind im Büro des renommierten CH Architekten Max Dudler. Er gehört zu den Mitgestaltern des neuen Berlins. Lunch in einem von ihm gestylten Restaurant. Am Nachmittag Stadt-Spaziergang auf dem ehemaligen DDR-Gebiet. Thema: «Berliner Architektur – traditionelle und moderne Architektur – Baugeschichte – Stadtplanung». Fakultativer Kabarett- oder Opernbesuch (durch cotravel koordiniert).

3. Tag

Fahrt in einem legendären Trabi von Ost nach West und zurück. Gemeinsamer Lunch. Am Nachmittag besuchen wir u. a. einen verwinkelten Betonbunker unter dem Alexanderplatz, wo bis zu 9000 Menschen Schutz fanden und der

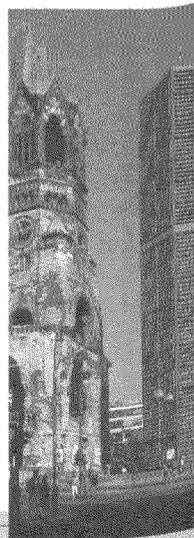
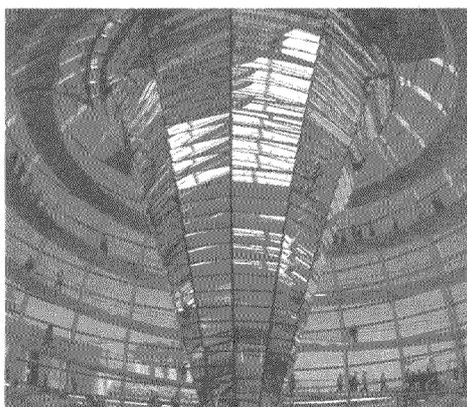
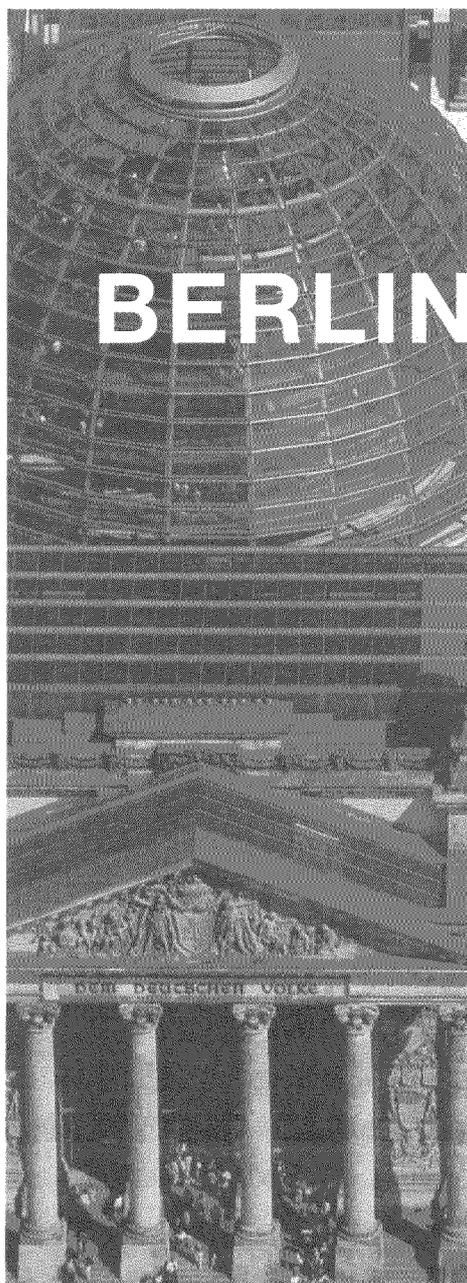
als Fluchtschacht für die SED-Spitzen im Falle eines Aufstandes gedient hätte. Am Abend fakultatives Treffen mit dem CEO einer Unternehmung. Diskussion zum Thema «Chancen und Gefahren der Osterweiterung».

4. Tag

Am Morgen Treffen mit CH-Vertretern und liberalen deutschen Politikern. Am Nachmittag Stadtspaziergang zum Thema «Die Mauer – Grenzstreifen, Mauerreste, Checkpoint Charlie». Spezialführung im Mauermuseum. Nachtessen in der Gruppe. Ein deutscher FDP-Politiker wird dabei sein und über seine Arbeit berichten. Gelegenheit zur Diskussion.

5. Tag

Letzter Tag zur freien Verfügung mit gemeinsamem Lunch beim Gendarmenmarkt. 17.30 h Transfer zum Flughafen. Ankunft in Zürich um 21.00 h.



Kosten / Leistungen

Die Reise kostet CHF 1'980.–. Inbegriffen sind die internationalen Linienflüge, einige Transfers, alle Programmpunkte inkl. den Eintrittsgebühren, die Übernachtungen (Basis halbes Doppelzimmer) mit Frühstück, 5 Hauptmahlzeiten, lokale Reiseführer für die Stadtrundgänge und ein cotravel-Reiseleiter. Im Preis ausgeschlossen sind die Flughafentaxen, Versicherungen und freiwillige Trinkgelder. EZ-Zuschlag CHF 260.–. Die Teilnehmerzahl ist auf 25 Personen beschränkt.

DETAILUNTERLAGEN

Ich interessiere mich ernsthaft für die FDP-Reise nach Berlin und bitte Sie, mir die Anmeldeunterlagen für ... Person(en) zuzustellen.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

Plz/Ort: _____

Tel. tagsüber: _____

e-mail: _____

Einsenden an: FDP Schweiz, Berlinreise, Postfach, 3001 Bern
 – oder per Fax an cotravel: 061 308 33 10

REISEGARANTIE

osite

FDPO

Veranstalter:
 cotravel ag
 4123 Allschwil 3